

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## AUS DEM INHALT

Johannes Doehring  
Zum politischen Stil

Eberhard Kuhrau  
Das USA-Friedenskorps

Warner Conring  
Friedenskorps in Deutschland

Lothar Albertin  
Israel und der Antisemitismus

6

JUNI 1963

11. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

# Inhaltsverzeichnis

<b>Unsere Verantwortung gegenüber der Natur</b>	<b>1</b>
Eberhard Amelung	
<b>Kurz kommentiert</b>	<b>3</b>
Wähler in Bewegung — Kirche und Streik — Unmenschliches Fernsehen — Umarmung nach links — Nutzlose Aktion	
<b>Zum politischen Stil der evangelischen Christen</b>	<b>6</b>
Johannes Doehring	
<b>Das USA-Friedenskorps — Ein Ideal gewinnt Gestalt</b>	<b>8</b>
Eberhard Kuhrau	
<b>Friedenskorps in Deutschland</b>	<b>10</b>
Warner Conring	
<b>Israel und die Überwindung des Antisemitismus in Deutschland</b>	<b>13</b>
Lothar Albertin	
<b>Pressestimmen</b>	<b>19</b>
<b>Bücher</b>	<b>19</b>
Friso Melzer, Indien greift nach uns	
<b>Leserbriefe</b>	<b>20</b>

---

## Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Kirchenrat Dr. Johannes Doehring (Düsseldorf, Koetschaustraße 14) ist Beauftragter der Kirchen von Rheinland und Westfalen bei der Nordrhein-westfälischen Landesregierung. — Eberhard Kuhrau ist Redakteur beim Fernsehen des WDR in Köln. — Pfarrer Warner Conring (Stuttgart-Bad Cannstatt, Mercedesstraße 5–7) ist in der Leitung der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland tätig. — Dr. Lothar Albertin (Wehrda bei Marburg, Grüner Weg) ist Studienrat im Hochschuldienst.

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers  
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

11. Jahrgang, Heft 6  
Juni 1963

## Unsere Verantwortung gegenüber der Natur

Unsere Politik, unser gesamtes politisches Denken ist kopflastig im wahrsten Sinn des Wortes. Dies gilt für alle Parteien und läßt sich leicht nachweisen, wenn man danach fragt, wo die Schwerpunkte der politischen Arbeit in den vergangenen Jahren lagen. Ohne Zweifel steht im Mittelpunkt unserer Bemühungen der Mensch in seiner ganzen Vielfalt und mit all seinen Beziehungen zu den verschiedenen Fakten des gesellschaftlichen Lebens. Dabei werden allerdings nicht alle Beziehungen zur Wirklichkeit gleichmäßig beachtet. Denn wir sehen den Menschen vorwiegend als ein denkendes Wesen, weshalb die Fragen der Zivilisation und der denkerischen Kultur Vorrang vor allen anderen haben. Die Beziehung des Menschen zur Natur ist an den Rand gedrängt worden.

Die Wurzeln dieser Sicht gehen weit zurück in die abendländische Geistesgeschichte. Sie liegen in der Theologie beider Konfessionen wie in der Philosophie der verschiedensten Richtungen. Nicht alle Perioden der Geschichte waren in dieser Hinsicht gleich, aber die vergangenen beiden Jahrhunderte haben sich durch ihre rationalistische Sicht des Menschen ausgezeichnet. Wie sehr die Beziehungen des Menschen zur Natur in der evangelischen Kirche und Theologie vernachlässigt worden sind, ist uns eigentlich zum erstenmal ganz bewußt geworden, als auf der Weltkirchenversammlung des vergangenen Jahres in Neu Delhi die jungen Kirchen aus ihrer Begegnung mit den fremden Religionen heraus bohrende Fragen stellten. Seitdem hat man auch bei uns angefangen, sich über eine Theologie der Natur Gedanken zu machen.

Unser gebrochenes Verhältnis zur Natur belastet uns auf vielen Gebieten, oft ohne daß wir uns dessen bewußt sind. Hier ist zunächst das Problem der Landwirtschaft, welches im Augenblick wahrscheinlich am gefährlichsten ist. Wir können die Landwirtschaft einerseits nur aus der Sicht der Wirtschaftsvernunft sehen, aus der heraus wir unsere ganze Welt betrachten. Das gilt nicht nur für den vom Boden gelösten Städter, sondern auch für den Bauern selbst, der sich dem Trend nach verstärkter Rationalisierung und ständiger Produktionssteigerung nicht entziehen kann. Darüber hinaus kommt diese Sicht in den Forderungen nach Einkommensparität der Landwirtschaft zum Vorschein. Wir können nicht anders, als Rationalisierung und Einkommensparität als legitime Fakten zu sehen. Das gebrochene Verhältnis zur Natur und dann auch zu den Fragen der Agrarpolitik kommt darin zum Ausdruck, daß wir oft einer ausgeprägten Agrarromantik huldigen. Man muß nicht nur aufs Land gehen und nicht nur eine

Bauernversammlung besuchen, um die Parole von dem gesunden Bauerntum, das die Grundlage eines gesunden Volkstums ist, zu hören. Wie fragwürdig solche Schlagworte sind, wird jedem denkenden und objektiven Beobachter sehr schnell deutlich. Unser Dilemma liegt darin, daß wir nicht wissen, was wir mit der Natur anfangen sollen, es sei denn, wir rationalisieren sie. Wir tun es allerdings mit schlechtem Gewissen, denn in dem Zwang rationalisieren zu müssen, kommt unser gebrochenes Verhältnis zur Natur zum Ausdruck.

Ohne Zweifel geht die Zerstörung der Natur in großen Gebieten unseres Landes unaufhaltsam weiter. Denn die Verbesserung unseres Lebensstandards und die Rationalisierung der Wirtschaft erfolgt weitgehend auf Kosten der Natur. Wir leben von dem, was wir aus dem Boden, aus dem Wasser und aus der Luft herausholen. Zwar ist uns seit langer Zeit bewußt, daß die Vorräte nicht unerschöpflich sind, aber wir haben wenig getan, um Vorsorge zu treffen.

Das wesentliche Problem liegt auch hier in dem Verhältnis des wirtschaftenden Menschen zur Natur. Wenn er im Konkurrenzkampf bestehen will, so muß er seine Produkte so billig wie möglich herstellen und so gut wie möglich verkaufen. Er muß seine Fabrikationsanlagen dort aufbauen, wo sie vom Fabrikationsprozeß her gesehen am günstigsten liegen. Dabei kann er keine Rücksicht darauf nehmen, ob die Allgemeinheit auf lange Sicht gesehen geschädigt wird. Hier liegen Probleme, die dem Wirtschaftler und dem Kommunalpolitiker nur allzu vertraut sind. Sie sind zum eigentlichen Grundproblem der sogenannten industriellen Ballungsgebiete geworden. Allerdings ist die Frage noch in keiner Weise geklärt, ja oft noch nicht einmal in den Blick gekommen, ob die Art und Weise, wie wir heutzutage unsere Industriesiedlungen anlegen, nicht letztlich höchst unrationell ist. Die Zusammenhänge zwischen dem Klima, das sich durch die Ballung von Industriebetrieben verändert und der Arbeitsintensität sind noch nicht im einzelnen durchforscht. Es ist allerdings keine Frage, daß wir heute auf Kosten der kommenden Generationen leben. Wir beuten die Landschaft aus und richten Schäden an, die in den folgenden Jahrzehnten nur mit Kosten wieder gutgemacht werden können, die ein Vielfaches dessen betragen werden, was wir heute an Nutzen herausholen. Wir sind, darüber sollten keine Zweifel bestehen, schlechte Haushalter unseres Volkes.

Was ist zu tun. Es ist dringend notwendig, daß sich einige Politiker, Abgeordnete des Bundestages und der Landtage, intensiv mit diesen Problemen beschäftigen. Wie sehr sie bisher vernachlässigt wurden, zeigt sich z. B. daran, daß es kaum möglich ist, heute einen prominenten Politiker zu nennen, der in diesen Dingen sich einen Namen gemacht hat. Die Gesetze zur Raumordnung, zum Landschafts- und Naturschutz müssen dringend überholt und ihre Befolgung mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es darf nicht möglich sein, daß einflußreiche Männer der Wirtschaft auf Grund ihrer guten Beziehungen zu Ministern und Ministerpräsidenten der Länder, die Entscheidungen der zuständigen Behörden rückgängig machen können. Wir werden allerdings solange keine großen Fortschritte aufweisen können, als unser Steuersystem die Gemeinden dazu zwingt, praktisch ohne Rücksicht auf die Schäden, die in der Landschaft angerichtet werden, Industriebetriebe in ihre Gemarkungen zu ziehen. Die Reform der Gewerbesteuer, die den Gemeinden einen großen Teil ihrer Einnahmen bringt, muß bei einer Steuerreform vornean stehen. — In den vergangenen Jahren ist auf dem Gebiet der Naturparks schon einiges geschehen, wengleich bei unserer Bevölkerungsdichte auch hier noch viele Wünsche offenbleiben. In den abgelegenen Gebieten unseres Landes ist die Natur noch weitgehend gut erhalten; allerdings ist in diesen Gebieten die Gefahr, daß unüberlegt schwere Schäden angerichtet werden, auch besonders groß.

Wir alle wollen gut leben. Wir können es nicht ohne eine blühende Wirtschaft, die billig und rationell produzieren kann. Aber dieses Wissen entläßt uns nicht aus der Verantwortung, die wir unserer Landschaft gegenüber haben und die wir im Blick auf die nach uns kommenden Generationen tragen müssen. Es gilt, heute die Konsequenzen zu ziehen.

### Wähler in Bewegung

Zum ersten Male seit den Bundestagswahlen 1961 kann der Wahlbeobachter von einem Erfolg der CDU berichten. In Hessen, Berlin und Rheinland-Pfalz hatte die Union z. T. sehr schwere Verluste hinnehmen müssen, allein der bayerischen CSU war ein Erfolg beschieden.

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen erlangte die CDU 37,7% der Stimmen (1959: 30,8%) und verfügt jetzt im Parlament zu Hannover über 62 Sitze (51). Damit ist es ihr gelungen, einen wesentlichen Teil der Wähler der „alten“ DP für sich zu gewinnen. Diese Partei war 1959 noch mit 20 Abgeordneten in den Landtag eingezogen, diesmal blieb sie mit 2,7% der Stimmen weit unter der 5%-Klausel. Von den zahlreichen kleinen Parteien in Niedersachsen vermochte nur die FDP diese Hürde zu nehmen. Auch sie profitierte wohl aus der Erbmasse der „Welfenpartei“, denn sie konnte ihren Stimmanteil von 5,2% auf 8,8% erhöhen; zugleich aber verlor sie gegenüber den Bundestagswahlen 1961 ein Drittel ihrer Wähler (1961: 13,2%). Angesichts solcher Zahlen nehmen sich freidemokratische Erklärungen, mit diesem Ergebnis sei in der Bundesrepublik das Dreiparteiensystem endgültig etabliert, reichlich übertrieben aus.

Addiert man die Verluste, die die DP und auch der BHE, der eine weitere schwere Niederlage erleben mußte (1959: 8,3%; 1963: 3,7%), erlitten haben, und stellt sie neben die Gewinne der CDU und der FDP, so drängt sich die Vermutung auf, daß auch die Sozialdemokraten Stimmen dieser Gruppen an sich ziehen konnten und die Wähler beweglicher zwischen den Parteien geworden sind als gemeinhin angenommen wird. Diese Vermutung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen betrachtet. 19 der insgesamt 95 Wahlkreise wechselten ihren „Besitzer“. Die CDU gewann von der alten DP sieben, die SPD zwei Mandate. Die Sozialdemokraten verloren vier ihrer Kreise an die CDU, die ihrerseits sechs an die SPD abgeben mußte.

So verlor z. B. die Union in der Bischofsstadt Osnabrück ihre Mehrheit an die SPD ebenso wie in dem ausgesprochen bäuerlichen Wahlkreis Lüneburg, während sie z. B. in Wolfsburg ihren Stimmenanteil von 27,9% auf 40,6% erhöhen konnte. Einen großen Erfolg hatte auch der junge Rechtsanwalt Gödeke in Celle, der den Kultusminister Vogt (SPD) schlagen konnte. Die SPD vermochte in allen Wahlkreisen, außer in Aurich, Stimmen hinzu zu gewinnen.

Es spricht somit vieles dafür, daß die Wähler nicht nur innerhalb des „bürgerlichen“ Lagers hin- und herziehen, sondern in der ganzen Breite des parteipolitischen Feldes, von rechts nach links und umgekehrt.

Vor allem die Sozialdemokratie hat aus diesen Stimmenbewegungen Gewinne gezogen. Sie konnte ihre Position ganz wesentlich festigen. 44,9% der Wähler gaben ihr ihre Stimme (1959: 39,5%; Bundestagswahl 1961: 38,7%), so daß ihr mit 73 Sitzen (65) im Landtag nur drei zur absoluten Mehrheit fehlen. Damit hat die SPD ihre Aufwärtsentwicklung weiter fort-

setzen und zugleich neue Wählerschichten (z. B. Osnabrück, Lüneburg), darunter wohl auch zahlreiche Jungwähler, gewinnen können.

So gesehen, besteht für die CDU keinerlei Anlaß zu überschwenglicher Siegesfreude. Die Wähler sind in zunehmendem Maße beweglich geworden, so daß der Begriff der „Hochburg“ immer fragwürdiger wird. Die Union wird sich auf diese Mobilität der Wähler einzustellen haben, wenn sie durchschlagende Erfolge erringen und eines Tages auch in Hannover die Regierung stellen will. So wird sie sich keinesfalls auf ihren Lorbeeren ausruhen dürfen! b. u.

### Kirche und Streik

Nach dem Streik der Metallarbeiter in Südwestdeutschland werden sich nicht nur die Gewerkschaften und die Unternehmer fragen, was sie wohl in diesen zwei Wochen verloren oder gewonnen haben und wie es in Zukunft weitergeht. Auch die kirchliche Sozialarbeit zieht kritische Bilanz. Etliche der Sozialpfarrer waren tief betroffen von dem gewitterartigen heftigen Klima in der ersten Streikwoche. Seit zehn Jahren und mehr tun sie, was immer sie tun können, für ein gutes, wirklich partnerschaftliches Verhältnis zwischen den „Sozialpartnern“. Jetzt sieht es so aus, als seien sie wieder um Jahre zurückgeworfen. Eine ähnliche Sorge bewegte auch den württembergischen „Landeskirchentag“, also die Synode, die vor zehn Tagen, als die Lage immer schlimmer zu werden drohte, an die Sozialpartner telegraphierte. „Wir bitten“, hieß es in der Erklärung der Synode, „keine weitere Verhärtung aufkommen zu lassen; es sollte niemand meinen, er könne aus Prestige Gründen dem andern nicht weiter entgegenkommen. Wir bitten die Sozialpartner dringend, anstelle der Kraftprobe, die dem ganzen Volk moralischen und materiellen Schaden zufügt, den Weg der Verhandlung zu beschreiten und die unterbrochene Zusammenarbeit neu zu begründen.“

In der kirchlichen Sozialarbeit ist man durchaus der Meinung, der Streik sei ein legitimes demokratisches Mittel. Auch die württembergische Synode dürfte auf diesem Standpunkt stehen, selbst wenn sie es in dem kurzen Telegramm nicht ausdrücklich sagt. Nicht so einhellig ist vielleicht die Meinung gegenüber der Aussperrung. Immerhin hatte Pfarrer Walther Kuenzlen (Bad Boll), der Leiter der sehr aktiven württembergischen Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, gerade eine Woche vor dem Streik, als man noch kaum wußte, daß er drohte, vor Unternehmern erklärt, Streik und Aussperrung seien ganz natürliche Formen der sozialen Auseinandersetzung. Auch ein Christ, sagte Kuenzlen, müsse nicht unbedingt — „um des lieben Friedens willen“ — klein beigeben. Wenn er zu dem Ergebnis komme, daß berechnete Forderungen der Arbeitnehmer auf dem Verhandlungsweg nicht durchgesetzt werden können, dann werde er in einen geordneten Streik eintreten dürfen. Wenn andererseits ein Arbeitgeber zur Ge-

wißheit gelange, daß er erpreßt wird und daß durch die Forderungen der Arbeitnehmer die ganze Wirtschaft Schaden leidet, dann habe er als Christ das Recht und die Pflicht, Widerstand zu leisten.

Aber — wann ist es jeweils so weit, wann ist das Maß voll? Hier setzten einige der kirchlichen Experten während des Streiks mit ihren kritischen Fragen an beide Parteien ein. Ihr Gewerkschaften: habt Ihr wirklich vorher alle Möglichkeiten der Verhandlung ausgenutzt? Und Ihr Unternehmer: war es wirklich nötig, die Radikalkur der Aussperrung einzusetzen; denn davon wurden etwa 400000 nichtorganisierte „unschuldige“ Arbeiter betroffen, die den Streik so wenig wollten wie Ihr?

Für beide Seiten dürfte es nicht leicht sein, solche Kritik zu schlucken, selbst wenn sie, wie diesmal, nicht laut hinausposaunt wurde. Wer im politischen Kampf steht, möchte lieber Schützenhilfe bekommen als Gewissenfragen hören. Die Kirche aber verlöre ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie ohne Not einseitig Partei ergriffe. Darüber hinaus aber setzt sich auch immer mehr die Überzeugung durch, daß Konflikte zur Natur der Industriegesellschaft gehören und nicht nur zu beklagen sind. Wenn das so ist, käme es nicht darauf an, die Konflikte völlig zu beseitigen oder einem zum Siege zu helfen, sondern die Gegensätze richtig, produktiv und ohne Bitterkeit durchzustehen.

Die Losung des nächsten Kirchentages, der vom 24. bis 28. Juli in Dortmund sein wird, hat genau dies Problem anvisiert. Die Losung — „Mit Konflikten leben“ — ist inzwischen zu einem in der Öffentlichkeit vielzitierten Wort geworden. Sie wurde, wie Generalsekretär Walz berichtete, zunächst weithin „mit Erstaunen und Befremden, sogar mit Widerwillen“ aufgenommen. Man argwöhnte, „die Kirche“ wolle die sozialen, politischen oder religiösen Gegensätze im Volk beschönigen oder verharmlosen, was gerade nicht gemeint ist. Im Ausland dachte man, mit den Konflikten sei lediglich der Ost-West-Konflikt gemeint. Die Mißverständnisse sind offenbar jetzt beseitigt. Immer deutlicher wird auch, daß es in Dortmund nicht einfach um Probleme der Deutschen oder der Christen in Deutschland geht, sondern um Probleme der Industriegesellschaft überhaupt, einer Gesellschaft, die sich in riesigen Stadtzonen zusammenballt, spannungsvoll, beweglich und, wie man sagt, „pluralistisch“, also eben notwendigerweise voller Konflikte.

v. K.

### Unmenschliches Fernsehen

Das Zweite Fernsehen hat keinen leichten Start gehabt. Die finanzielle Lage ist so trüb, daß die zuständigen Gremien den Etat für das nächste Jahr nur unter großen Bedenken genehmigten. Die Raumfragen sind noch reichlich ungeklärt, so daß es viel Leerlauf gibt. Dennoch hat man sich entschlossen, seit dem 1. April zu senden.

Was bisher gezeigt wurde, hat überwiegend wohlwollende Kritik empfangen. Wesentliche Unterschiede zum Programm der Rundfunkanstalten sind allerdings nicht bemerkt worden; die Akzente werden hier und da ein wenig verschieden gesetzt. Von daher gesehen, gibt es nichts, was eines besonderen Kommentars wert wäre.

Nun hat man aber am 17. Mai eine Sendung gebracht, die mit zu dem Schlimmsten gehört, was das Fernsehen uns bisher beschert hat. Es handelt sich um die Sendung „Ihre Vermählung geben bekannt“, die schon mehrfach in Tageszeitungen kommentiert wurde. Es war die Direkt-Sendung einer Hochzeit.

Hochzeiten stehen auf der Grenze zwischen dem ganz privaten Bereich und dem, was der Öffentlichkeit zugänglich ist und sein soll. Fürstenhochzeiten sind ein beliebtes Thema der Illustrierten, die in ihnen ein Zeitgeschehen sehen, das man berichten kann und auch soll. Aber die Illustrierten berichten Dinge, die geschehen, wenn auch mit mehr oder weniger Genauigkeit. Aber auf jeden Fall stellen sie die Dinge nicht erst in der einen oder anderen Weise, ehe sie sie berichten. Gerade dies aber ist in jener Fernsehsendung geschehen. Wohl gemerkt, man hat nicht eine Hochzeit aufgeführt, sondern man hat einen wirklichen Trauungsakt, durch den zwei Menschen ihre gegenseitige Bindung für das Leben besiegelten, in den Mittelpunkt einer Sendung gestellt, diese geistlos kommentiert und für das Ganze eine wohl erhebliche Summe ausgegeben. Daß man dann auch noch auf eine perfide Weise die sogenannte „Eignung“ der Partner für einander prüfte, macht nur noch deutlicher, wie man hier das Leben und vielleicht auch das Glück zweier Menschen einschätzt.

Über Takt und Geschmack kann man bekanntlich nicht streiten. Doch hier ist der Bereich, in dem es um Taktfragen geht, längst überschritten. Hier geht es um die Frage der Achtung des Menschen und seiner Würde. Das Menschsein des Menschen ist da mißachtet, wo man ihn in den entscheidenden Stunden des Lebens „zur Unterhaltung“ an die Öffentlichkeit zerrt und hinterher auch noch honoriert. Es ist eine Frage des Taktes, wieweit die Kamera in die Wirklichkeit eindringt. Wenn es taktvoll geschieht, so gibt es wahrscheinlich nur wenige Dinge, über die man nicht berichten kann. Die Menschlichkeit ist aber verletzt, wenn mit einer echten Lebenssituation gespielt wird, wenn die Wirklichkeit in einen unechten Rahmen gespannt wird, um zu unterhalten.

Unser Protest will nicht in die allgemeine Klage über die Minderwertigkeit der Produkte des deutschen Films oder des Fernsehens einstimmen. Die Unterhaltungsindustrie weiß es weitgehend einfach nicht besser. Aber es gibt an einem Fernsehsender Männer — bis hinauf zum Intendanten —, die für eine solche Sendung verantwortlich sind. Von ihnen darf man erwarten, daß sie wissen, wo die Grenze liegt, jenseits derer die Menschlichkeit verletzt wird. Dafür sind sie da und dafür sind sie ausgewählt worden. Es ist schade, daß man sie auf ihre Verantwortung hinweisen muß.

e. a.

## Umarmung nach links

In CDU-Kreisen werden die Erfolge der SPD in den letzten Jahren weitgehend auf die erfolgreiche Taktik der Umarmung zurückgeführt; seit Godesberg will die SPD in mancher Hinsicht CDU-treuer sein als die CDU. Hier und da will man es der SPD innerhalb der CDU gleichtun und strebt danach, sozialer als die Sozialisten zu sein. In der Theorie braucht das gar nicht falsch zu sein, denn es ist durchaus nicht gesagt, daß der Sozialismus in jedem Fall sozial ist. In der Praxis ist allerdings bisher noch nie deutlich geworden, wo der Unterschied zwischen einer sozialen und einer sozialistischen Sozialpolitik ist. Bisher hat uns die Umarmung nach links immer nur weiter nach links geführt.

In diesen Tagen wird wieder auf verschiedene Weisen umarmt. Da ist einmal das Projekt der Altersversorgung der freien Berufe. Manche Leute fühlen sich gerufen, aus den freien Berufen staatlich gesicherte, freie Berufe zu machen. Wie es dann allerdings noch um die Freiheit der freien Berufe steht, ist eine andere Frage, denn hier scheint das Prinzip zu gelten: wer die Freiheit liebt, der verrentet sie. Und nur wer vom Staat abhängig ist, ist wirklich ein freier Mann. Wir haben nichts gegen Paradoxien, aber diese Paradoxie lehnen wir ab. Will man etwas für die freien Berufe tun, dann soll man ihnen mehr Gelegenheit geben, besser selbst für ihr Alter vorzusorgen. Man sollte endlich an die viel diskutierte Steuerreform herangehen. Daß auf diesem Sektor noch viel getan werden kann, ist allgemein bekannt. Es wird Zeit, daß endlich etwas geschieht. Auf keinen Fall sollte man sich auf die zwangsweise Altersversorgung einlassen, ohne etwas auf dem Steuersektor getan zu haben.

Glücklicherweise scheint man sich innerhalb der freien Berufe noch etwas dessen bewußt zu sein, was die Freiheit bedeutet. Die Vorschläge zur gesetzlichen Grundlage einer Altersversorgung stoßen nicht überall auf Zustimmung. Hoffen wir, daß die Umarmung nach links nicht zu Ende geführt wird.

Weitere Umarmungen zeichnen sich im Zusammenhang mit der wiederaufgelebten Diskussion um die Sozialreform ab. Wieder einmal soll die Einkommensgrenze bei der Pflichtversicherung erhöht werden, und die Selbstbeteiligung soll bei der Krankenkasse so gering wie möglich gehalten werden. Obgleich niemand leugnen kann, daß alle Menschen in unserem Staat in den vergangenen 10 Jahren wohlhabender geworden sind, tut man bei den in dieser Sache diskutierenden so, als ob immer weniger Menschen aufgrund ihres Einkommens in der Lage seien, für sich selbst zu sorgen. Es sollte das oberste Ziel christlich-demokratischer Politik sein, Bürger zu erziehen, die die Verantwortung für sich selbst und den anderen bewußt tragen. Dem steht jede weitere Umarmung nach links entgegen. e. a.

## Nutzlose Aktion

Wir wissen nicht, woran es liegt, aber die CDU hat in der Art und Weise, wie sie ihre Beziehungen zur Presse gestaltet, keine glückliche Hand. Beispiele dafür anzuführen, erübrigt sich. Sie sind jedem, der sich mit diesen Dingen befaßt, geläufig, zumindest aus den beiden letzten Jahren. Alle diese Affären haben nicht dazu beigetragen, das Ansehen der CDU zu festigen und dazu geführt, daß sich zahlreiche, auch gutwillige Journalisten verärgert von der Union abgewendet haben. Heute ist es so, daß die CDU auf die Presse schimpft und die Presse die CDU schlecht behandelt.

Aber die Partei sollte sich nicht zu sehr beklagen. Im demokratischen Staat, zu dessen Grundlagen die Freiheit der Presse gehört, müssen sich die Parteien schon selbst die Mühe machen, dafür zu sorgen, daß sie eine gute Presse haben. Davon ist bei der CDU allerdings wenig zu spüren; sie tut vielmehr alles, um in immer stärkere Isolierung zu geraten, nicht zuletzt, indem sie auf die Presse schimpft. Es ist schon so, wie ein der CDU nahestehender Journalist sagte: Man kann als Journalist auf keine CDU-Veranstaltung gehen, ohne angegriffen zu werden. Selbst der Kulturkongreß in Augsburg im vergangenen Jahr wurde mit einem kräftigen Seitenhieb auf die Presse eröffnet.

Kürzlich hat der „Fall Paczenzky“ die Frage nach dem Verhältnis zwischen CDU und Presse wieder erneut aufgeworfen. Herr von Paczenzky mag die CDU nicht und die CDU mag Herrn von Paczenzky nicht. Das kommt vor und ist nicht weiter verwunderlich. Es ist deswegen auch nicht verwunderlich, daß die CDU die Objektivität der Sendungen des Herrn von Paczenzky anzweifelte, und — bei der gegenwärtigen rechtlichen Stellung der Rundfunkanstalten durchaus legitim — die Gelegenheit wahrnahm, den Panorama-Redakteur loszuwerden.

Was legitim ist, ist noch lange nicht politisch klug und nützlich. Denn man muß doch fragen: Hat sich die Situation für die CDU wesentlich verbessert? Wir glauben, daß das nicht der Fall ist. Herr von Paczenzky ist in einer Position gelandet, die sicher nicht weniger einflußreich ist. Sein bisheriger Mitarbeiter und jetziger Nachfolger beim Norddeutschen Rundfunk wird dafür sorgen, daß die Panorama-Sendung auch in Zukunft nichts für die CDU übrig haben wird.

Und schließlich werden bei der gegenwärtigen Situation an die Stelle eines entlassenen Paczenzky mindestens zwei andere treten. Auch wenn es nicht so ist, die Journalisten müssen auf Grund ihrer Stellung allgemein so reagieren, als ob die Pressefreiheit bedroht sei. Gleichgültig, wie beliebt oder wie unbeliebt Herr von Paczenzky bei seinem eigenen Sender war, er wird letztlich recht bekommen.

Nur wenn es der CDU heute gelingt, ihr Verhältnis zur Presse auf eine gesunde Basis zu stellen, wird sie morgen eine gute Presse haben. Methoden, wie sie hier geübt wurden, seien sie auch völlig legitim, können der Partei auf die Dauer nur schaden. a. u.

# Zum politischen Stil der evangelischen Christen

Johannes Doehring

*Grüßwort zur Landestagung des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU Rheinland*

Ich habe Ihnen die guten und aufrichtigen Wünsche der von mir vertretenen Kirchenleitungen für diese Ihre Arbeitstagung zu überbringen. Darf ich diese Wünsche, damit sie nicht nur in einem freundlichen Wortgetön verklingen, in drei kurze Gedanken über einen evangelischen Beitrag zu der Entwicklung unseres politischen Stilempfindens in der Bundesrepublik kleiden? Dabei unterstelle ich die Übereinkunft zwischen Ihnen und mir, daß es einen evangelischen Beitrag zu der noch ausstehenden Stilfindung in unserer Demokratie gibt, dessen Wirksamkeit zu einem guten Teil von Ihrer Einsicht und Ihrer Durchsetzungskraft in der eigenen Partei und den Parlamenten abhängt.

## Der absolute Vorrang der Wahrheit

Das erste Stilelement hängt mit dem in der Reformation an das Licht getretene Verständnis der Wahrheit zusammen. Die Wahrheit hat für uns den absoluten Vorrang vor allen weltanschaulichen Konzeptionen und politischen Zweckmäßigkeitserwägungen, in denen wir uns im Alltag des politischen Lebens vorfinden. Diese schlichte Erkenntnis führt uns vor einen revolutionären Tatbestand von nie versiegender Erneuerungskraft für jeden einzelnen Politiker und jede Gruppe, die sich ihm stellt. Aber weit darüber hinaus macht sie ein Grundelement der demokratischen Gesellschaft offenbar. Die moderne Demokratie steht in der säkularisierten Welt nicht mehr auf dem granitenen Sockel einer gesicherten, einhellig ausgelegten oder auslegbaren Weltanschauung, so daß es um ihrer Verteidigung willen auch einmal gestattet wäre, sich gelegentlich „etwas außerhalb der Legalität“ zu bewegen. Die Demokratie der freiheitlichen Welt ist für solche Versuche ein zu zerbrechliches und gefährdetes Ding, zumal für ein Volk, das sie eben erst zu gewinnen trachtet. Die Demokratie schwebt, wenn das Bild erlaubt ist, auf dem feinen Netz, das aus der Gesinnung ihrer Bürger, ihrer Wahrhaftigkeit, Redlichkeit und Anständigkeit untereinander ständig neu gewoben werden muß. Und sie lebt zugleich von der Überzeugung ihrer Demokraten, daß dieses Netz an Sachlichkeit und guten Willen untereinander nicht nur sauberer, anständiger und ehrlicher ist als jede ideologische Parole von gestern oder morgen, sondern sich auch im harten machtpolitischen Kampf als stärker und dauerhafter als jede noch so pathetisch angerufene und doch schon hohle Sockelideologie alter Observanz erweisen wird. Um diese unantastbare Wahrhaftigkeit im Dienst und zum Segen der jungen Demokratie geht es bei der Stilfindung der Wahrheit, an der ich Sie in Ihren kommenden Beratungen mitzuwirken bitte.

Ich besinne mich deutlich eines Gesprächs mit dem ersten Präsidenten des Deutschen Bundestages, das in ganz ähnlicher Richtung verlief. Einige von Ihnen

wissen es: über dem Stuhl von Hermann Ehlers hing, dem Besucher zugewandt, ein eindrucksvolles Bismarckbild. Ehlers zog gern die „Gedanken und Erinnerungen“ dieses großen Staatsmannes zu seiner eigenen Urteilsfindung und -bildung heran. Aber zugleich distanzierte er sich auch in klarer Erkenntnis der gewandelten Staatsgrundlage von der Bismarckzeit und von dessen persönlicher Haltung etwa in der Stunde der bewußt verspäteten Heeresvorlage im Preußischen Landtag oder der Absendung der Emser Depesche. Er konnte es tun, weil er wußte, daß die moderne Demokratie, die in keiner sakrosankten Staatsmetaphysik mehr ruht, aber auch keiner vorgeformten Weltanschauung bedarf noch sie verträgt, aus einem strengeren Grundverständnis der Wahrheit als ihre Vorgänger auch in unserem Vaterland leben muß, wenn sie die Herzen des Volkes gewinnen und in ihnen Bestand haben will.

Der jungen Generation, die es zu gewinnen gilt in den politischen Parteien, helfen keine professionellen Nonkonformisten und intellektuellen Allesbesserwisser zur Reife, wohl aber Menschen, die wissen, daß in einer geistigen Zeitenwende wie der unseren auch ethisch und politisch ein mutiger Traditionsbruch aus Tradition notwendig ist. Darum sollte über Ihren Beratungen als erstes das eindeutige und einheitliche Empfinden stehen: demokratischer Stil ist nur dort gewahrt, wo jede offene oder versteckte Manipulation der Wahrheit sofort auf den wachen und unmißverständlichen Protest der politisch Mündigen stößt. Unter diesen Männern und Frauen sollten die evangelischen Christen nicht an letzter Stelle zu finden sein! Das Ernstnehmen der Wahrheit ist der unbestechliche Pegel dafür, wieweit totalitäre Gedankengänge nicht nur formal, sondern in dem Geist und den Herzen seiner Bürger, ihrer Parteien und Parlamentarier tatsächlich überwunden sind. Ich brauche in Ihrem Kreis weder Plato noch Cato, weder John Knox noch Lincoln, weder Stauffenberg noch Ehlers für diesen Tatbestand zu bemühen, um zu erläutern, was die Wahrheit für den politischen Weg und Bestand eines Volkes bedeutet. Auf den Schultern solcher Männer werden Demokratien gebaut, die Bestand haben und ihr Nachwuchs wird sich an ihnen bilden.

## Gottes Gerechtigkeit und menschliches Fürrethalten

Das zweite Stilelement demokratischer Willensbildung, das in besonderer Weise in unsere evangelische Obhut gegeben ist, hängt ursächlich mit dem Ersten zusammen. Die Wahrheit, unter deren Auftrag das Evangelium steht, geht ebenso wie die Gerechtigkeit, die ein Volk erhöht, wie die Heilige Schrift sagt, niemals glatt in dem eigenen Fürwahr- oder Fürrethalten auf. In der Stunde, da die Reformatoren aus dem innersten Bezirk des Glaubens heraus diese Entdeckung machen, wird der Pluralismus der modernen Gesellschaft ge-

boren. Aus der unaufhebbaren Divergenz zwischen der gerechtmachenden Gerechtigkeit Gottes selbst und unserem aus ihr abgeleiteten, und daher von der geschichtlichen und bewußtseinsmäßigen Lage abhängigen Fürrechthalten, ergibt sich der Mächtepluralismus der modernen Gesellschaft mit innerer Konsequenz, dessen Stil der Dialog, der freie Kampf freier Männer in freier Meinungsäußerung ist. Hier sind wir also aus ureigenstem Glaubenserleben zu dem zweiten Beitrag an dem Stil unseres demokratischen Zusammenarbeitens aufgerufen.

Eine freie Gesellschaft ist so lange lebensfähig, eine demokratische Gesellschaft funktioniert immer insoweit, als das saubere Verständnis für die Scheidung von göttlicher Gerechtigkeit und menschlichem Fürrechthalten von einer genügend starken Zahl Menschen immer neu geweckt und im öffentlichen Bewußtsein wachgehalten wird. Sie droht aber in demselben Augenblick zu einer heimlichen Diktatur zu werden, wo ein Weltbild alle anderen Aspekte sich unterordnen und damit gewaltmäÙig ersticken will. Die Freiheit der pluralistischen Gesellschaft hängt von dieser mit dem Protestantismus auf Erden erst möglich gewordenen Pluralität eben dieser Gesellschaft zusammen. Darum muß sie von den evangelischen Männern und Frauen, vor allen anderen gesehen, geübt, bewahrt und wo es sein muß, verteidigt werden. In diesem Punkt liegt der besondere Auftrag der evangelischen Menschen in dem politischen Raum der westlichen Demokratie. Sie müssen die vornehmsten Wächter der Freiheit nach innen und außen, in den und quer durch die demokratischen Gruppen dieser Gesellschaft sein. Sie haben sich in der Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit, zu der sie durch Gottes Gnade berufen sind, gegen jedes Diktaturgelüste, woher es auch kommen mag, zu wenden. Auf ihrer Wachsamkeit beruht zuerst die Erhaltung der Menschenrechte. Sie, meine Damen und Herren, müssen das Gewissen für das Humane in Ihrer Gruppe oder Partei sein, denn Ihr Gott und seine Gerechtigkeit, der Gott Alten und Neuen Testaments, läßt sich in keine weltanschaulichen Systeme einfangen. Er bleibt auch den Seinen gegenüber der freie Herr, sie sind an ihn gebunden und von ihm abhängig, wie der Sonnenstrahl von der Sonne und nicht umgekehrt. Darum hängen Einübung in das Christentum und Einübung in die Demokratie in der Tiefe ihres Wesens zusammen. Und es wird in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, ob es genügend Männer und Frauen evangelischer Prägung in unseren Gruppen gibt, die wissen, was evangelisch heißt: „Freiheit als Lockung führt in den Tod, Freiheit als Bindung führt in das Leben!“

Nun lassen Sie mich ganz kurz noch hinzufügen: Solche Menschen wachsen nicht auf der hohlen Hand. Der Mutterboden ihrer Denkkraft, ihrer Gewissensüberzeugung, ihrer Tapferkeit, öffentlich einzutreten, für das, was sie als recht erkannt haben, wird in der Kirche und in der Schule gelegt. Dort müssen sie lernen, daß die politische Existenz des evangelischen Christen nicht im Resignieren, wenn es darauf ankommt, und im Protestieren, wenn es vorbei ist, besteht, sondern, sagen wir es positiv, in dem wachen, aktiven rechtzeitigen Einsatz im politischen Raum.

Wir haben bereits den ersten Versuch der Demokratie in Deutschland, die Weimarer Republik, weithin durch die politische Abstinenz und Unreife breiter evangelischer Schichten verkümmern lassen und durch diese „Herren und Damen Abstinenzler“ dem Dritten Reich den Weg bereitet. Die Wurzel dieser Ohnmacht erkennen, heißt nun praktisch einen dringenden Gewissensappell von hier aus an unsere Kirche, eine Bitte an unsere Gemeinden und Pastoren richten: Lehrt die kommende Generation rechtzeitig und nachdrücklich, die Versuchung einer frommen und in Wahrheit so unfrommen Innerlichkeit zu überwinden. Führt sie in ein rechtes Verstehen und Ausüben der Macht, politisch wirksam zu werden, ein. Das ist ganz praktisch die Bitte an die Kirchen und an die Gemeinden: Laßt eure Politiker nicht allein! Die Kirche schuldet den Parteien politischen Nachwuchs aus innerer Überzeugung. Eine sichtbare kraftvolle Stilfindung demokratischen Einsatzes und Verhaltens kann es nicht außerhalb und neben, sondern nur aus und mit der christlichen Gemeinde geben. Es muß in unseren Reihen zum geistigen Allgemeinbesitz werden: Wer unpolitisch handelt, handelt auch politisch, aber er handelt mit Sicherheit falsch!

#### Keine Vorspiegelung von Sicherheit

Ein drittes und letztes. Jeder Stil wird von dem Inhalt und dem Ziel des Lebens derer bestimmt, die ihn formen. Auch unter diesem Aspekt haben evangelische Christen aufgrund ihres Glaubens ihren Beitrag zu der Ausrichtung unseres politischen Selbstbewußtseins und zur Überwindung der Erbsünde unserer Tage, der Resignation, zu leisten. Solange wir uns redlicherweise in mittelalterlichen Ordovorstellungen bewegen dürfen, also spätestens bis zu Einstein und Planck, um zwei markante Namen zu nennen, wer es auch politisch legitim, das Staatsdenken unserer Mitbürger vornehmlich auf Erhaltung und Gewinn von Sicherheit aller Art abzustellen und die Wähler damit, immer ein wenig auf ihre Angst spekulierend, anzusprechen. Aber seit wir die Zeitmauer, darf ich weit ausholend sagen, der kainitischen Ordowelt durchbrochen haben, seit wir in den dynamisch-bewegten Raum eines säkularisierten Weltverstehens und -erlebens vorgestoßen sind, seit unserer Generation erstmalig wieder der Wanderer Abel näher steht als sei seßhafter Bruder Kain, geht es auch nicht mehr an, in unserem politischen Stil, — das gilt bis hin zu Wahlplakaten! — hinter dieser Bewußtseinswandlung des modernen Menschen zurückzubleiben. Es geht nicht an, dem Volk durch die Vorstellungen, die man ihm durch die zur Verfügung stehenden Massenmedien anbietet, zu mal in Zeiten der Wahl, eine falsche, trügerische Sicherheit zu suggerieren. Es ist höchste Zeit, daß unser politisches Denken den Anschluß an die Bewußtseinswandlung der geistigen Welt von heute sucht und findet, wenn wir der kommenden Generation Ziele bieten wollen, die faszinieren, die es lohnend erscheinen lassen, ein homo politicus zu sein und sich aktiv in den Reihen der Parteien einzusetzen. Skandale sollten nicht das einzige Mittel sein, aus politischer Lethargie zu erwecken.

Aber, und damit lassen Sie mich zum Schluß kommen, um einen starken, kraftvollen, emotionalen Aufbruch der Jugend in die politische Verantwortung, d. h. in die Parteien zu erreichen, bedarf es der notwendigen, hier wirklich notwendigen geistigen Bildung, um eine echte und dauerhafte politische Willensbildung erzeugen zu können. Bertrand Russel unterscheidet den Politiker dadurch von dem Staatsmann, daß der Erstere dem Volk sagt, wonach ihm die Ohren jücken, natürlich Sicherheit; und der Letztere ihm sagt, was es hören muß, um seine Zukunft zu bestehen. Bei der politischen Stilfindung, die ich Ihnen auch für diese Arbeitstagung wünsche, geht es um dieses unerläßliche Quantum des Staatsmännischen, des Mutes, die Zukunft zu sehen und zu deuten, die uns erwartet. Und die liegt nicht in irgendeiner denkbaren Sicherheit in dem Stil der mittelalterlichen Statik! Welche Illusion! Sondern sie fordert als erste politische Tugend Vertrauen in unsere Zukunft, Vertrauen in die eigene Kraft, Vertrauen in

einen gesegneten Fortgang der Geschichte und über dem allen Vertrauen zu dem, der bestimmt, wie der Weg dieser Partei, dieses Volkes und jedes Einzelnen von uns weitergeht. Meine Damen und Herren, eine größere Sicherheit gibt es für das Bestehen der dynamisch-bewegten Welt unseres und der kommenden Jahrhunderte nicht als Gruppen von Menschen, die in einem solchen Vertrauen zu sich selbst, zu dem Fortgang der Geschichte, und über allem zu dem, der sie lenkt, an die Arbeit gehen. Ich wünsche Ihnen, daß Sie den Stil der Arbeit, eines solchen vorausschauenden Mutes und daraus entspringend eines tapferen Handelns im politischen Alltag der kommenden Wochen und Monate hier finden mögen. Den Stil, in dem sich die Wahrheit, die Gerechtigkeit und das Vertrauen, die unser evangelischer Glaube uns anbietet, klar und sichtbar widerspiegeln. Es sollte eine Lust und keine Last bedeuten, unter diesem Aspekt heute evangelischer Politiker zu sein.

## Das USA-Friedenskorps – Ein Ideal gewinnt Gestalt

Eberhard Kuhrau

*„Schicke dein Brot übers Wasser, so kannst du es wieder finden, sei's auch nach vielen Tagen.“ Prediger 11,1*

Als im Dezember 1962 in Bonn der Verein „Entwicklungsdienst: Lernen und Helfen in Übersee“ gegründet wurde, fand dieses Ereignis in der deutschen Öffentlichkeit kaum Beachtung. Das ist um so erstaunlicher, als dieser unscheinbare Vorgang nicht weniger bedeutet als einen ersten Schritt auf dem Wege zu einem deutschen „Friedenskorps“, das dem amerikanischen Drängen auf einen personellen Beitrag auch der Bundesrepublik zur wichtigen Aufgabe der Entwicklungshilfe endlich Rechnung trägt (vgl. den Beitrag „Friedenskorps in Deutschland?“ in diesem Heft). Wie berechtigt der von den USA in den letzten Monaten immer deutlicher geäußerte Wunsch ist, auch die Bundesrepublik möge sich an der Entsendung junger freiwilliger Helfer in die sogenannten Entwicklungsländer beteiligen, soll ein kurzer Überblick über Entstehung, Aufbau und Erfolg des US-Peace Corps zeigen.

### Die Entstehung des Peace Corps

Die Organisation, die bis heute rund 3000 junge Amerikaner in über 20 Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas entsandt hat, ist ein Kind des Wahlkampfes, bei dem John F. Kennedy 1960 in einem harten Kopf-an-Kopf-Rennen siegte. In dieser Organisation gewann jene politische Idee ihre bisher überzeugendste Gestalt, die dem jungen, relativ unbekanntem Präsidentschaftskandidaten den knappen Vorsprung vor seinem älteren Rivalen Nixon sicherte. Es war die Idee von der „new frontier“, der „neuen Front“, für die Kennedy seine Landsleute unermüdlich zu begeistern suchte. In einer

Wahlrede legte er den Grundstein für die Arbeit des Friedenskorps, als er am 2. November 1960 in San Franzisko versprach: „Wir werden die besten Amerikaner suchen, die wir finden können, damit sie draußen für unser Land sprechen . . .“

Allerdings konnte Kennedy sich bei diesem Versprechen auf bestimmte sachliche und psychologische Voraussetzungen stützen, deren Wurzeln tief in die amerikanische Geschichte hinabreichen. Nicht nur, daß das Pathos der „Grenzer“, jener zähen Pionier-Generationen, die den Kontinent mit Büchse und Beil eroberten und die „Frontier“ der Zivilisation durch Urwälder und Prärien nach Westen vorschoben, bis heute als (wenn auch häufig romantisches) Leitbild in der Bevölkerung lebendig ist. Nicht nur, daß dieses Leitbild in der Bastelbewegung des „Do it yourself“ nur eine matte Ersatzbefriedigung fand und der Peace-Corps-Plan vielen jungen Menschen als eine echte „Herausforderung“ in der Alltagsroutine einer zivilisationsgesättigten Gesellschaft erscheinen mußte. Auch praktische Vorläufer eines Friedensdienstes waren in den Staaten seit langem bekannt. Die führenden Männer des Peace Corps selbst berufen sich gern auf William James, der bereits 1904 in einem Aufsatz über „Das moralische Äquivalent des Krieges“ einen „freiwilligen Dienst“ propagierte. Religiöse Pazifisten, vor allem Quäker und Mennoniten, nahmen zwischen den beiden Weltkriegen diesen Gedanken auf, indem sie freiwillige Helfer in Notstandsgebiete entsandten, und nach 1945 entstanden rund 50 Organisationen für Entwicklungshilfe auf finanziellem und personellem Gebiet. So lag die Idee gewissermaßen in der Luft, als die Abgeordneten Reuss und Humphrey in der ersten Hälfte des Jahres 1960 Anregungen vortrugen, die in die Richtung eines Peace Corps zielten.

Trotz dieser positiven Voraussetzungen stieß der endgültige Plan Kennedys im In- und Ausland, bei Experten und Politikern, zunächst auf eine nicht ganz unbegründete Skepsis. Noch im September 1961 strichen die Abgeordneten des Kongresses den Etat der neuen Organisation von 40 Millionen auf 30 Millionen Dollar zusammen. Außerhalb Amerikas — und nicht nur in den Ländern des Ostblocks — argwöhnte man hinter dem ganzen Plan eine naive Kreuzzugsideologie für den „american way of life“, eine fünfte Kolonne des Antibolschewismus oder ein Ventil für den Tatendrang unqualifizierter „college-boys“. Werbeslogans wie „Komm ins Peace Corps, sieh die Welt“ konnten solchen Argwohn in der Tat nähren.

### Die ersten Erfolge

Aber — und damit ist die Frage nach dem Erfolg bereits angeschnitten — alle diese Befürchtungen wurden durch die Praxis eindeutig widerlegt. Der Kongreß bewilligte nach dem „Probejahr“ eine Verdoppelung des Etats auf 60 Millionen Dollar; alle 15 Länder, in denen die „Entwicklungshelfer“ gearbeitet hatten, forderten eine Ausweitung der Aktion; 17 weitere Staaten baten darum, in das Hilfsprogramm einbezogen zu werden; unter den rund 1000 Freiwilligen des ersten Jahres gab es nur zwei „Versager“ (Margery Michelmores verlor in Nigeria eine Postkarte, auf der sie sich über die „primitiven“ Lebensbedingungen in Nigeria beklagte. Die Karte wurde gefunden, veröffentlicht und erregte überall Ärgernis oder Bedauern. Ein anderes Mitglied quittierte vorzeitig den Dienst). Daß Kennedys Ankündigung, die „besten Amerikaner“ zu suchen, realisiert worden war, bestätigte ein so unverdächtig Zeuge wie der englische Historiker Arnold Toynbee: „In den Freiwilligen des Friedenskorps begegnen nicht-westliche Menschen den besten Kräften westlichen Menschentums“. Wie die Stimmung in der Öffentlichkeit von zurückhaltender Skepsis zu wohlwollender Zustimmung und Anerkennung der Erfolge umschwang, mögen einige Zitate zeigen: „Die dunklen Prophezeiungen haben sich nicht erfüllt. Dafür hat das Peace Corps alle optimistischen Erwartungen gerechtfertigt. Die Mitglieder des Peace Corps, von vornherein sorgfältig ausgewählt und gründlich geschult, zeigen den Geist der Hingabe und eine überraschende Fähigkeit für die schweren Aufgaben, die sie bewältigen müssen. Sie werden von den Menschen der Gastländer gut aufgenommen ...“ (Times vom 28. 2. 62). Oder: „Ich hatte gewiß zu Anfang meine eigenen Vorbehalte. Ich dachte, das Friedenskorps wäre eine von den guten Ideen, die wahrscheinlich in der Praxis schiefgehen würden. Aber es ging gut ...“ (New York Herald Tribune vom 9. 2. 62).

### Der Aufbau der Organisation

Das Times-Zitat weist darauf hin, daß die oben geschilderten geschichtlichen Voraussetzungen in den USA nicht allein das Ausmaß des Erfolges der jungen Organisation erklären. Vielmehr verdanken sie ihre volle Entfaltung einer glasklaren Zielsetzung, sorgfältiger struktureller Planung und großzügiger Organisation. Das Ziel wird im Peace Corps-Gesetz so beschrieben: „... Weltfrieden und Freundschaft durch ein Friedenskorps zu fördern, das interessierten Ländern Männer

und Frauen der Vereinigten Staaten zur Verfügung stellen wird, die zu einem Dienst im Ausland geeignet und dazu bereit sind, notfalls unter harten Bedingungen zu dienen, um den Menschen dieser Länder und Gebiete zu helfen, ihren Bedarf an geschulten Arbeitskräften zu decken und um auch einem besseren Verständnis des amerikanischen Volkes auf Seiten der Hilfe empfangenden Völker und der anderen Völker auf Seiten des amerikanischen Volkes den Weg zu bereiten“. Der Präsident bezeichnete das Korps als eine „Bürgerschaft unserer besten Bemühungen für die Menschen, die in den Hütten und Dörfern der halben Welt kämpfen, um die Fesseln des Massen-Elends zu brechen ... nicht weil vielleicht die Kommunisten das tun, nicht weil wir ihre Wählerstimmen zu gewinnen suchen, sondern weil es (moralisch) richtig ist.“

So abstrakt diese Formulierungen klingen, so eindeutig wurden sie durch die strukturelle Planung und Durchführung selbst ausgelegt. Hier die wesentlichsten Grundsätze:

1. Schon das erste Memorandum, das Sergeant Shriver, Schwager Kennedys und Direktor des Peace Corps, dem Präsidenten vorlegte, bestimmte eindeutig, daß keine Freiwilligen auszusenden wären, wenn nicht dringender Bedarf und der ausdrückliche Wunsch nach solchen amerikanischen Mitarbeitern von den Gastländern vorlägen. Das ist die grundsätzliche Absage an alle alten — auch säkularen — Missionsgedanken. Religiöse und politische Propaganda ist den Mitarbeitern streng untersagt.

2. Straffe zentrale Leitung, die offensichtlich weniger juristisch fixiert als vielmehr durch die Persönlichkeit des Direktors des Peace Corps garantiert wird. Er muß zwar formell für jede Entscheidung vom Außenminister ermächtigt werden, hat es aber sichtlich verstanden, seinen Amtsbereich gegen unqualifizierte Gruppeninteressen und parteipolitische Einflüsse abzusichern.

3. Enge Bindung an die staatlichen Bemühungen auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Entwicklungshilfe. Im Gesetz heißt es: „Unter Anleitung des Präsidenten ist der Außenminister für die laufende Überprüfung und Führung des Peace Corps verantwortlich, um zu gewährleisten, daß die Programme des Peace Corps — sowohl zu Hause als auch im Ausland — effektiv integriert werden und daß der gegenwärtigen Politik der Vereinigten Staaten dabei optimal gedient ist.“

4. Enge Zusammenarbeit mit bestehenden privaten und öffentlichen Institutionen der Entwicklungshilfe, deren eigene Projekte personell gefördert und in der Planung beraten und koordiniert werden (Colleges, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinte Nationen usw.).

5. Höchste Anforderungen an die persönliche Qualifikation aller Mitarbeiter im In- und Ausland. Die außerordentlich strengen Auswahlprinzipien und -verfahren sichern den Mitarbeitern — sowohl den Freiwilligen als auch dem „Stab“ — ein außerordentliches Sozialprestige. Die zeitweilige Mitarbeit in der Leitung des Friedenskorps fördert die Karriere selbst arrivierter Manager und Wissenschaftler. Die ca. 1000 Freiwilligen des ersten Jahres wurden unter rund 12000 Bewerbern

menden Trägerorganisationen in Deutschland zusammenschließen und ihre Pläne mit der Bundesregierung abstimmen, so daß wirklich von einer deutschen Gruppe gesprochen werden könne und die Bundesregierung hinter der Aktion stehe. Die Anregung zielte deutlich auf die Formierung eines deutschen Friedenskorp.

Gleichzeitig wurde dieser Wunsch durch andere Kanäle der Bundesregierung nahegebracht, und im letzten Herbst erklärte der damalige Bundesminister von Merkat auf der internationalen Konferenz für „Middle Level Man Power“ in Puerto Rico, daß eine deutsche Variante zum US-Peace Corps im Entstehen sei. Diese Nachricht wurde in den USA mit großem Beifall aufgenommen. Gleichfalls im letzten Herbst wurden dann auf amerikanische Einladung zwei junge deutsche Beobachter von der Bundesregierung für acht Wochen auf die Reise geschickt, um die Struktur und Arbeitsweise des Peace Corps genau zu studieren und hinterher der Bundesregierung sowie den interessierten freien Organisationen in der Bundesrepublik als Berater zur Verfügung zu stehen. Noch vor Ende des Jahres kam es dann in Anwesenheit von Vertretern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Gründung eines Vereins, dem Personen angehören, die in verschiedenen Organisationen und Institutionen mit der Entsendung jüngerer Freiwilligengruppen nach Übersee bereits experimentiert haben oder dergleichen planen und die jetzt die Vorbereitung eines deutschen Friedenskorp in Zusammenarbeit mit Vertretern des genannten Bundesministeriums übernehmen sollen. Der Verein trägt den leider etwas umständlichen Namen „Entwicklungsdienst: Lernen und Helfen in Übersee e. V.“

Damit hat die Entwicklung ein Stadium erreicht, in dem einige grundsätzliche Überlegungen notwendig werden. Es könnte sonst sehr leicht geschehen, daß man auch weiterhin einfach dem Druck der Situation unter Berücksichtigung gewisser taktischer Erfordernisse nachgibt, ohne die eigenen Möglichkeiten vorher völlig durchdacht und die entscheidenden Weichenstellungen erkannt zu haben. Verführerische Leitbilder könnten auf einen Weg drängen, der für uns in dieser Weise gar nicht gangbar ist.

### **Entwicklungshilfe nicht ohne menschlichen Einsatz**

Nun ist von allem Anfang an zweierlei deutlich. Erstens gilt heute als sicher, daß Entwicklungshilfe tatsächlich nicht nur eine Sache finanzieller Aufwendungen ist, sondern daß gerade auf diesem Gebiet der menschliche Einsatz unabdingbar ist. Bezeichnenderweise sprechen eingeweihte Kreise heute mehr von Sozial- und Bildungshilfe als von Entwicklungshilfe, um diesen Unterschied der Akzentuierung klar zu machen. Die Phase, in der wirtschaftliche und industrielle Aufgaben und Chancen in der Entwicklung Afrikas und Asiens im Vordergrund standen, wird von einer zweiten abgelöst, in der die politischen, sozialen und erzieherischen Probleme Vorrang erhalten. In dieses Konzept paßt die Befürwortung eines „Entwicklungsdienstes“ sehr gut hinein, und es wird kaum noch bestritten, daß der Einsatz zahlreicher jüngerer Menschen in Entwicklungsprojekten trotz großer organisatorischer Probleme

grundsätzlich wünschenswert ist. Zugleich aber ist auch klar, daß das Konzept des Peace Corps sich nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragen läßt.

Es fällt sofort ins Auge, daß wir nicht über eine psychologisch ebenso günstige Ausgangsposition verfügen wie die Amerikaner: wo gibt es in Deutschland solchen latenten Pioniergeist, wo gibt es die Bereitschaft, die großen politischen Probleme der Nation zu seinen eigenen zu machen und in gemeinsames Handeln umzusetzen? Dann meldet sich — vielleicht noch gravierender — das sprachliche Hindernis: die mangelnde Kenntnis der großen Welt Sprachen. Weiter besteht immer noch eine überaus empfindliche Ablehnung gegenüber allem, was einem staatlich organisierten Arbeitsdienst auch nur entfernt ähnlich sieht, und der Begriff „Friedenskorp“ beschwört leider noch zusätzliche unselbige Assoziationen an rote Friedensräte und schwarze Freikorps. Damit hängt zusammen, daß jede Aktion in Deutschland alsbald in den Strudel des Ost-West-Gegensatzes gerät und damit so oder so politische Hypotheken aufgebürdet bekommt, die jede Arbeit in Übersee belasten, weil die Afrikaner und Asiaten sachfremde politische Bevormundung fürchten. Schließlich sei gesagt, daß die Kontingente deutscher Entwicklungshelfer sicher nicht so umfangreich wären, daß sie einen großen Verwaltungsaufwand rechtfertigen. Das wäre an sich nicht zu bedauern, doch entfällt damit zum Beispiel von vornherein die Aussicht, wirklich großzügige Auswahl- und Vorbereitungsmaßnahmen treffen zu können, die auf eigens hierfür angesetzten Forschungen beruhen. Es entfällt zum Beispiel auch die Möglichkeit eines dichten Netzes von Spezialbevollmächtigten in den größeren Zentren Afrikas und Asiens. Kurz: wir werden mit Improvisationen zufrieden sein müssen, wo die Amerikaner mit wissenschaftlicher Methodik und organisatorischer Gründlichkeit zu Werk gehen können, weil der Gesamtzuschnitt in Deutschland kleiner sein muß.

### **Erste Anfänge**

Nun soll nicht vergessen sein, daß es auch in Deutschland manche positiven Voraussetzungen für den Aufbau eines Entwicklungsdienstes gibt. Noch immer trifft man zum Beispiel in weiten Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auf ein erstaunlich unverbrauchtes Ansehen des deutschen Namens, der wegen der damit verbundenen wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Leistungen geachtet und relativ wenig mit der Erbsünde des Kolonialismus belastet ist. Es wäre an der Zeit, dieses positive Vorurteil durch neue Leistungen zu rechtfertigen. Weiterhin stünden gewisse erste Erfahrungen zur Verfügung, die seit zwei Jahren beim Aufbau der beiden konfessionellen Arbeitsgemeinschaften für personelle Dienste gesammelt worden sind, der katholischen „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ und der evangelischen Arbeitsgemeinschaft für „Dienste in Übersee“, denen es immerhin gelungen ist, je einige Dutzend ausgebildeter jüngerer Fachkräfte akademischer und nichtakademischer Berufe in monatelangen Kursen vorzubereiten und mit mehrjährigen Arbeitsverträgen überseeischer Partner an Aufbauprojekten in Afrika, Asien und Lateinamerika anzusetzen. Diese jungen Spezialisten arbeiten dort unter der verant-

wortlichen Leitung von Afrikanern und Asiaten und haben gleichzeitig die Aufgabe, geeignete einheimische Kollegen zu finden und anzuleiten, die ihre Tätigkeiten später übernehmen und fortsetzen sollen.

Beim Aufbau dieser genannten personellen Entwicklungsdienste wurde schnell offenbar, daß auch in Deutschland eine große Anzahl von jüngeren Menschen bereit ist, solche neuartigen Aufgaben zu übernehmen. Wer gelegentlich in die Auswahl- und Vorbereitungskurse dieser Arbeitsgemeinschaften Einblick nehmen konnte, war durch die nüchterne, sachbezogene, offene Haltung beeindruckt, mit der diese jungen Christen die vielschichtigen Arbeitsbedingungen in Übersee zur Kenntnis nahmen und diskutierten. Sie haben nicht mehr das alte Pathos der Selbstaufopferung, sondern bereiten sich auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit vor, bereit zur Anpassung an die veränderten Verhältnisse in Übersee, aber ohne die inzwischen in der Industrie üblich gewordenen überhöhten Forderungen zu stellen. Auch in Abituriententagungen zeigt sich bei der Berufsberatung ein ernsthaftes, nur wenig von Romantik entstelltes Interesse an beruflicher Arbeit in den Entwicklungsländern. Alle diese Anzeichen deuten darauf hin, daß auch in der jungen Generation in Deutschland menschliche Reserven vorhanden sind, die es erlauben, die Verwirklichung einer Art deutschen Friedenskorps für möglich zu halten.

#### **Eine mögliche Struktur des Dienstes**

Wie könnte ein deutscher Entwicklungsdienst aussehen? Wie ließe sich eine Struktur schaffen, die sowohl die besonderen Hemmnisse aus der deutschen Situation auffängt wie gleichzeitig die spezifischen Möglichkeiten zur Geltung bringt? Diese Fragen stellen heißt zuerst anerkennen, wie ungeheuer schwierig ihre Beantwortung ist. Denn eine Antwort setzt voraus, daß eine Fülle detaillierter Informationen verarbeitet ist und mit einer Menge genauer Einzelüberlegungen in Verbindung gebracht wird. Dazu bedarf es tatsächlich einer Gruppe von Fachleuten, die Erkenntnis, Erfahrung und konstruktive Vorstellungskraft aus vielen Bereichen zusammenzutragen und zu einer Einheit zusammenzuschweißen verstehen. Da muß neben genauen Analysen über den faktischen Bedarf an jüngeren, mehr oder weniger fachlich qualifizierten Arbeitskräften in den Entwicklungsländern (die mit einiger Genauigkeit zu erstellen schon eine Heidenarbeit ist) eine Kenntnis der innenpolitischen Verhältnisse in jenen Ländern stehen. Die außenpolitischen Spannungen und Möglichkeiten wollen in diesem Zusammenhang ebenso bedacht sein wie die pädagogischen und psychologischen Bedingungen einer Zusammenarbeit jüngerer Menschen über tiefe sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg, jeweils mit Rücksicht auf Gruppen- und Einzelarbeit. Natürlich braucht man erfahrene Organisatoren, um so verschiedene Faktoren in ein praktikables Arbeitskonzept zu übersetzen, aber dies kann wiederum seinerseits nicht geschehen ohne Konsultation mit Sozialpsychologen, Soziologen u. a. m. Diese Aufzählung ist noch keineswegs erschöpfend. Hier muß also eine nicht ganz kleine Kommission von erstklassigen Fachleuten aufgestellt werden, die wahrscheinlich viele Wochen zu tun hätte, um ein klares Ergebnis zu erzielen.

Damit eine solche Kommission sinnvoll arbeiten kann, muß sie Zugang zu Informationen der Regierung bzw. hohe Regierungsbeamte unter ihren Mitgliedern haben. Dies kann jedoch nur durch eine Entscheidung auf höchster Ebene ermöglicht werden. Ebenso müßte sich eine derartige Kommission einen Überblick verschaffen können, welche Regierungen ernsthaft beabsichtigen, deutsche Freiwillige in ihre Länder einzuladen — was gleichfalls eine offizielle Beauftragung zu solchen Verhandlungen durch die Bundesregierung voraussetzt. Mit anderen Worten: die Bundesregierung müßte von allem Anfang an ihre Bereitschaft erklären, die Verantwortung in dieser Sache zu übernehmen.

Mancher wird geneigt sein, einen derartigen Aufwand an offiziellen Vorentscheidungen und Planungen für zu groß zu halten, wenn man in absehbarer Zeit zu Ergebnissen kommen möchte. Es ist sicher richtig, daß dieses Vorgehen Zeit kostet, denn es gibt in Deutschland noch nicht viele gründliche Vorarbeiten, auf welche die Planer sofort zurückgreifen könnten. Aber läßt es sich wirklich verantworten, darauf zu verzichten? Legt es sich nicht eher nahe, in einer solchen Angelegenheit von vornherein mit anderen europäischen Partnern wie Frankreich, Holland und England zusammenzuarbeiten und deren erheblichen wissenschaftlich verarbeiteten Erfahrungsschatz in Einzelfragen personeller Entwicklungshilfe für neue Aktionen auszuwerten?

#### **Ein gesamteuropäischer Dienst?**

Auf jeden Fall fällt es schwer, sich eine deutsche Kleinausgabe des US-Peace Corps vorzustellen. Der Gesamtrahmen müßte so viel bescheidener gewählt werden als in den USA, daß sich die Frage nicht abweisen läßt, ob eine derartige Idee dann noch durchführbar ist. Es scheint fast so, als ob diese Frage verneint werden müßte. Dann bleibt nur die Alternative, entweder die Finger davon zu lassen — oder zu versuchen, eine gemeinsame westeuropäische Aktion entstehen zu lassen. So kühn dieser Gedanke zunächst erscheint, so besticht er doch in vieler Hinsicht. Der Gesamtzuschnitt hätte sofort das richtige Ausmaß. Sprachliche Grenzen bei deutschen Freiwilligen ließen sich leichter überwinden — in mehrsprachig gemischten Gruppen. Und das böse Schreckbild des alten „Reichsarbeitsdienstes“ wäre verschwunden. Auch politisch könnte manches leichter sein: bei unseren westeuropäischen Partnern könnte der sonst mögliche Verdacht eines innereuropäischen Konkurrenzkampfes um die Gunst afrikanischer und asiatischer Staaten gar nicht erst aufkommen. Vielmehr könnte die EWG eventuell eine brauchbare Basis bilden. Sie erhielte dadurch nebenbei ein größeres psychologisches Gewicht in den beteiligten Völkern und zugleich wären die assoziierten afrikanischen Staaten die ersten natürlichen Partner eines solchen Unternehmens.

Wie immer diese Fragen von den zuständigen politischen Stellen beurteilt werden, ob die Entscheidung für einen gemeinsamen europäischen Start oder für eine (zunächst) nationale Aktion fällt, soviel ist sicher: eine grundsätzliche politische Entscheidung kann nicht umgangen werden, wenn nicht alle wohlmeinenden Überlegungen vieler eifriger Förderer des Gedankens eines

# Israel und die Überwindung des Antisemitismus in Deutschland

Das Interesse am deutschen Besucher hat zugenommen

Lothar Albertin

Vor einigen Jahren bemühte sich in Jerusalem die Frau eines Professors der Medizin — das Ehepaar hat in den dreißiger Jahren Deutschland verlassen — zu Ehren eines Gastes aus der alten Heimat eine Abendgesellschaft aus israelischen Freunden deutscher Herkunft zu versammeln. Fast alle sagten ab. Der deutsche Besucher trifft auch heutzutage auf verschiedene Bekundungen der Ablehnung. Ein leitender Angestellter einer großen staatlichen Gesellschaft kann ihm erklären, daß er sich in Deutschland keine Minute länger aufzuhalten pflege, als es dienstlich notwendig sei. Ein Akademiker der jüngeren Generation schließt bei der Wahl seines Wagens von vornherein die deutschen Modelle aus; und eine Studentengruppe in Jerusalem hat erst vor wenigen Monaten jegliche Besuchs- und Austauschkontakte mit deutschen Kommilitonen verworfen. Die vielschichtigen Motive solcher Äußerungen führen gewöhnlich auf das leidvolle Schicksal in der eigenen Familie oder unter Verwandten und Freunden zurück. Wer davon in Andeutungen erfährt, ist erschüttert und schweigt.

Andererseits hat sich in der letzten Zeit die vorherrschende Einstellung zum deutschen Besucher deutlich gewandelt. Die Bereitschaft, alle Gelegenheiten zu nutzen, um mit Deutschen ins Gespräch zu kommen, ist offensichtlich. Zufällige Anlässe ergeben sich aus den alltäglichen Situationen des Reisenden: durch das spontane Angebot, in Geschäften beim Einkauf, im Postamt bei der Auswahl der Briefmarken zu helfen oder den Wegsuchenden bis zur nächsten Straßenecke zu begleiten. Der Fremde, der währenddessen vielleicht auf dem Unterarm seines Helfers die tätowierte Nummer eines ehemaligen Konzentrationslagers entdeckt, ist befangen, wenn ihn plötzlich diese aufmerksame Sorge umgibt. Sie ist absichtsvoll. Er spürt, wie die menschliche Wärme die verhaltene, zwischen Hoffen und Zweifeln schwankende Frage zu unterdrücken oder zu mildern sucht, wie der Gast aus Deutschland die heutige Einstellung seiner

---

Entwicklungsdienstes sich im Gestrüpp auseinandergehender Interessen festfahren sollen. Nur auf der Basis einer solchen grundsätzlichen Entscheidung ist eine starke selbständige Exekutive denkbar, ohne die ein Entwicklungsdienst auf deutscher Ebene wie auf europäischer von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre: eine Exekutive, die sowohl das Vertrauen der Regierung wie aller freien Kräfte erringen müßte, die zu selbständigen Verhandlungen und zum eigenen Handeln mit allen in Frage kommenden Partnern innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik ermächtigt wäre, die sich ganz der Sache verpflichtet wüßte und frei von allen Nebeninteressen die besten Kräfte mobilisieren könnte. Diese Lehre aus dem Aufbau des US-Peace Corps ist sicher auch unter den anderen Bedingungen Kontinental-Europas gültig.

Landsleute zum historischen Leidensweg und Neubeginn der Juden in seiner Heimat und in Israel einschätze. — Wer aus Deutschland kommt, kann nicht privat reisen. Um ihn ist persönliche und gesellschaftliche Wirklichkeit, in der die Hypotheken der jüngsten deutschen Geschichte fortleben.

Dabei darf die zunehmende Aufgeschlossenheit gegenüber dem deutschen Besucher, die sich in jedem Falle sehr sympathischer, gastfreundlicher Formen zu bedienen weiß, in keinem Moment das Mißverständnis aufkommen lassen, die Israeli seien von der allgemeinen inneren Wandlung der Deutschen überzeugt. Noch folgenschwerer ist die andere, sehr leichtfertige Annahme, die Wiedergutmachungsleistungen würden als ein zureichender Beweis für eine solche Wandlung genommen und hätten die Israeli grundlegend umgestimmt. Die Israeli selbst diskutieren heute die Frage, ob sie zu dieser Fehleinschätzung Anlaß gegeben haben. Die innere Erregung, in die der Eichmann-Prozeß das ganze Land versetzte, hat die Befürchtung aufgeworfen, daß der hohe ökonomische Nutzeffekt der deutschen Lieferungen und die Konzentration aller Energien auf den eigenen Aufbau dazu verleitet haben, die Aufgabe einer ständigen kritischen Beobachtung der innenpolitischen Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik zu vernachlässigen. Seitdem wehrt sich jeder Israeli mit besonderer Empfindlichkeit gegen den Eindruck, die materielle Wiedergutmachung könne das historisch-politische Urteil korrumpieren; und deswegen fragt er heute genauer als zuvor nach den tatsächlichen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft und bedient sich aller Informationsmöglichkeiten, so der persönlichen Kontakte mit einzelnen und Gruppen.

Die maßgebende Frage bleibt für den einzelnen Israeli, inwieweit in Deutschland der Antisemitismus überwunden sei. Er orientiert sich einerseits an den Arbeitsergebnissen und Lehrgehalten zur jüngsten Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, auf dem Hintergrund der breiteren Fragestellung nach der Gültigkeit rechtsstaatlich-demokratischer Prinzipien im öffentlichen und individuellen Bewußtsein und Verhalten. Er prüft andererseits, welche Bedeutung die Existenz des neuen Staates Israel mit seinen mannigfaltigen Lebensäußerungen für diesen Sachverhalt gewinnt; viele Israeli sehen hier gefährliche — teils von ihren eigenen Landsleuten geförderte — Fehleinschätzungen und möchten dazu beitragen, daß sie vermieden werden.

## Die zeitgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik wird anerkannt

In Israel nimmt man dankbar zur Kenntnis, daß sich die deutsche Forschung der Zeitgeschichte und Wissenschaft von der Politik seit Jahren intensiv mit der Geschichte des Dritten Reiches befaßt und der Öffentlichkeit in Dokumentationen und Analysen bereits umfangreiche Arbeits-

ergebnisse vorgelegt hat, aus denen verständlich wird, inwiefern Judenverfolgung und -vernichtung nicht bloßes unseliges Beiprodukt des Nationalsozialismus, sondern eine system-immanente Konsequenz darstellen. Man ist der Überzeugung, daß nur eine gründliche, wissenschaftliche Erfassung des historischen Prozesses bis zu dem Weg in die Lager dem einzelnen die Einsicht vermittelt, mit deren Hilfe er verschleppte eigene oder fremde antisemitische Ressentiments und allgemeine Anfälligkeiten für Vorurteile ausmerzen kann.

Dabei ergibt sich ein besonderes Interesse an der deutschen wissenschaftlichen Arbeit ohnehin aus dem gegenwärtigen Stand der innerisraelischen Diskussion der jüngsten Geschichte der Juden. In der eigenen Forschung fehlt es, vornehmlich in der nachrückenden Generation, an der Bereitwilligkeit, sich mit diesem Gegenstand zu befassen. Das Martyrium des eigenen Volkes ist kein anziehendes Forschungsprojekt: bei aller möglichen Objektivität müsse der Wissenschaftler hier eine gewisse innere Identifikation mit dem Leidensweg der Juden vollziehen. Wie wenig die Jungen dazu bereit sind, hat ihre Auseinandersetzung mit den Älteren nach dem Eichmannprozeß gezeigt. Seitdem halten die Vorwürfe an, daß man sich gegen den Nationalsozialismus nicht zur Wehr gesetzt habe. Die Älteren sehen sich heute genötigt, ihre freien Stunden der Lektüre zu widmen, um das Verständnis der Jüngeren für das damalige Verhalten zu gewinnen und sich nicht in falsche Schuldkomplexe drängen zu lassen. — Dieser Generationskonflikt bleibt ungelöst, solange die Jugend ihr eigenes Lebensgefühl, das durch die selbstbewußten Leistungen der militärischen Behauptung und des ökonomischen und kulturellen Aufbaus geprägt ist, als Maßstab der Kritik auf die Lage der europäischen Juden unter der Herrschaft des Dritten Reiches zurückprojiziert. Sie merkt nicht, wie leicht eine derartige Verurteilung letztlich in die geistige Nachbarschaft der nationalsozialistischen Propaganda gerät und indirekt antisemitische Vorurteile bestätigt.

### **Die politische Wandlung der Deutschen wird skeptisch beurteilt**

Ob die Einsichten wissenschaftlicher Arbeit in der Bundesrepublik ausreichend in politisch-bildende Kräfte umgesetzt werden, wird von den Israeli immer wieder in Frage gestellt. Sie bezweifeln, daß die Schulen und sonstigen Erziehungsträger sich dieser Aufgabe mit der nötigen Stetigkeit und Gründlichkeit annehmen. Viele Stimmen befürchten vielmehr, daß manche Aktionen und Verhaltensweisen, die eine Ablehnung des Antisemitismus ausdrücken sollen, eher geeignet seien, die eigentliche politische Bildungsaufgabe zu verdunkeln oder zu verfehlen. Wenn nach den Hakenkreuzschmierereien oder den Verunstaltungen jüdischer Friedhöfe in offiziellen ministeriellen Erklärungen und Polizeianordnungen Distanzierung und unnachsichtige Bestrafung verkündet wurden, so war nach der Meinung mancher Israeli der bundesdeutsche Durchschnittsbürger allzu leicht versucht, als Fernsehzuschauer, Rundfunkhörer oder Zeitungsleser sich mit derartigen Stellungnahmen zu identifizieren und es dabei zu belassen. Diese Bequemlichkeit, sich über Massenmedien an diesen stellvertretenden Äußerungen der Entrüstung für flüchtige Augenblicke zu beteiligen, müsse verdächtig bleiben, zumal auch eigene Besuchs-

erfahrungen die Skepsis genährt hätten. Ein Tischlermeister beispielsweise, der nach 20 Jahren seine alte Heimat, die fränkische Schweiz, bereiste, mußte ertragen, daß ihm ein Gastwirt ein fensterloses Zimmer zuwies und ihn auch durch sonstige Andeutungen erkennen ließ, daß Juden unerwünscht seien. Ein anderer Vorfall wurde uns aus einem großen Hamburger Hotel berichtet. Laut und ungeniert fragte im Foyer ein erwachsener Sohn seine Eltern nach den Juden, die auch ins Konzert gehen sollten und die er zu betrachten wünschte.

Es zeichnet die Israeli aus, daß sie solche bitteren Episoden nur mitteilen, indem sie zugleich von beglückenden Begegnungen berichten, aber es ist auch verständlich, daß sich die negativen Eindrücke besonders schnell verbreiten. Sie werden als Symptome eines verdrängten Antisemitismus in breiten Bevölkerungskreisen aufgefaßt, der sich sonst nur verbirgt, weil er mit der öffentlichen Mißbilligung rechnen muß. Die politische Läuterung der Deutschen erscheint längst nicht umfassend und zuverlässig genug. Daran ändern nach der Meinung vieler Israeli auch manche Bemühungen der verschiedenen Vereinigungen wenig. So sehr man etwa die Ziele der „Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit“ begrüßt, so kritisch fragt man nach der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder und Teilnehmer und somit nach der Breitenwirkung. So liegt auch nahe, daß man den deutschen Juden beipflichtet, die zwar in ihren alten Lebens- und Wirkungskreis zurückgekehrt sind, aber ihre Kinder im Ausland studieren und ausbilden lassen.

Die Israeli beobachten nicht nur die Anzeichen eines Antisemitismus. Sie wissen, daß die Demokratie auch durch andere Anti-Haltungen gefährdet und zerstört werden kann. Erst die konsequente Demokratisierung in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft ist ihnen zuverlässige Garantie in der eigenen Sache und der ihrer Glaubensgenossen in der Bundesrepublik. So erscheinen ihrer Wachsamkeit personalpolitische Ärgernisse in Politik und Rechtsprechung als Symptome eines geistigen Klimas, das mit seinem Mangel an aktiver kritischer Selbstkontrolle auch seine politische Anfälligkeit demonstriert. Daß einflußreiche Positionen — oder solche, die man dafür hält — immer noch von ehemaligen Nationalsozialisten gehalten oder nur zögernd geräumt werden, läßt die Israeli kritisch nach der Regierung und den Parteien fragen, die das der Öffentlichkeit zumuten, und nach der Öffentlichkeit, die das erträgt. Wie sehr der milde Ausgang mancher KZ-Prozesse in Israel beunruhigt, bemerkt der Fremde überall.

Die realistische Gesprächstendenz, nach den Fakten zu urteilen, erscheint typisch. Kaum jemand ließe sich durch theoretische Hinweise auf verfassungsrechtliche Sicherungen in der jungen deutschen Demokratie beschwichtigen, man beobachtet den Geist und die Wirksamkeit ihrer Handhabung. Ob diese sich in der Spiegel-Affäre bewährt habe, welche Rechtsverletzungen vorgelegen und wie urteilsfähig und wirksam die öffentliche Meinung reagiert haben, hat man in den vergangenen Monaten von den meisten deutschen Besuchern wissen wollen. — Im israelischen Urteil bleibt die Überzeugungskraft der demokratischen Neuorientierung in Deutschland der Maßstab für die Aufrichtigkeit des neugewonnenen Verhältnisses zum Judentum. Und immer noch führen die

meisten israelischen Äußerungen auf den Grundtenor zurück: Man meint resignieren oder zweifeln zu müssen gegenüber der älteren Generation, aber man setzt geradezu vorbehaltlose Hoffnung in die Haltung der deutschen Jugend.

### Der Aufbau des Staates Israel fasziniert den Besucher

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der deutschen Besucher in Israel an. Allein der „Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit“ hat um die Jahreswende bereits zum dritten Male eine 30köpfige Gruppe von Lehrern und Pfarrern dorthin entsandt. Einige örtliche Gesellschaften haben sich mit eigenen Gruppen angeschlossen. Erfreulich ist unter den Reisenden bislang der hohe Anteil der schulischen, studentischen und berufstätigen Jugend, die zum Teil von den Gesellschaften und anderen Einrichtungen sachlich vorbereitet und finanziell unterstützt wird.

Das Land lockt vielfältige Interessen an. Es ist mit seinen biblischen und kulturgeschichtlichen Stätten eine Fundgrube für Kundige und Neugierige, es ist ein Paradies für Erholungssuchende. Aber der deutsche Besucher kann sich kaum damit zufriedengeben, nur derartigen Neigungen zu folgen. Ihn begleitet die politische Frage — und sie ist meistens auch der Hauptgrund seiner Reise —, welches Gewicht der junge Staat für die Bemühungen der Deutschen haben kann, ein klares Verhältnis zu ihrem eigenen Antisemitismus zu finden. Das Ergebnis einer solchen Unternehmung kann sich durchaus als problematisch erweisen. Die typischen Beobachtungen und Erfahrungen eines Besuchsaufenthalts sind, so notwendig sie gesammelt werden müssen, dazu angetan, sich zu einem idealisierten, bequem handhabbaren Maßstab zur Beurteilung der Juden fügen zu lassen, mit Hilfe dessen man der erforderlichen gründlichen Klärung geschichtlicher und gegenwärtiger Tatbestände bewußt oder gedankenlos aus dem Wege geht. — Demgegenüber darf die Anerkennung für den jungen Staat nicht die Konflikte seines Aufbaus übersehen. Erst die volle Wirklichkeit Israels rückt es uns menschlich näher und normalisiert das Verhältnis zu den Juden überhaupt.

Welche geradezu faszinierenden Grundeindrücke den Besucher beherrschen, verdient zunächst skizziert zu werden. Der Aufstieg Israels ist von einem ungeheuren, in einer spezifischen Weise religiös geleiteten Leistungswillen getragen. Wie bunt auch immer der Strom der Einwanderer nach Herkunft, Fähigkeiten und Erwartungen sich mit den einheimischen Juden mischen mag, alle — auch die im übrigen nicht religiös orientierten Gruppen — nehmen an dem Glauben teil, daß ihr Auftrag, ihre Verheißung laute, sich im biblischen Lande zu versammeln und es mit neuem Leben zu füllen. Und alle sind davon überzeugt, daß der konkrete Erfolg über die Gültigkeit des Auftrags und damit über die Existenz des jungen Staates entscheide. Der heilsgeschichtliche Grund bleibt nur gegenwärtig, solange er sich in der Wirklichkeit des Aufbaus spiegelt. Wie im Alten Testament ist Israel wieder geschichtsfähig geworden, dazwischen liegt die lange Phase der Knechtschaft und Zerstreuung, eine Phase, die man in den Schulen nur unter literaturgeschichtlichen Aspekten würdigt.

Die reale Präsenz der biblischen Stätten ist auch ein unmittelbar materieller Faktor des Aufbaues. Mit Hilfe der Bibel und archäologischer Funde forschen Ingenieure nach verschütteten Wasserstellen und lassen Dörfer und Städte entstehen, wo es früher, vor zwei Jahrtausenden, Oasen gab. Wo sie nicht Wasser finden, stoßen sie auf Gas oder Oel. Manche ihrer neuen Straßen folgen den alten Karawanenrouten, und sie scheuen keine langen Anfahrten und klimatischen Härten, um in den Minen des Königs Salomo erneut Kupfer zu schürfen und es in modernen Verhüttungsverfahren zu verarbeiten.

Der letzte Grund des israelischen Arbeitswillens bleibt ein Mysterium „jüdischer Ethik“. Die Maschinen der deutschen Wiedergutmachung und die Dollars der amerikanischen Juden sind keine maßgebende Erklärung für den Erfolg. Er setzt vielmehr eine innere Bereitschaft zu ungewöhnlich hartem, entbehrungsvollem Fleiß bei körperlicher Arbeit voraus. Wer aus der Wüste oder dem Karstgeröll in blühende Olivenhaine, Bananfelder oder braune Ackerparzellen kommt, erkennt an den langen Steinhalden, die sie säumen, wie hier alle Hände zupacken müssen. Und wer aus einem jahrzehntealten, musterhaften Kibbuz in einen solchen an der Grenze wechselt, „wo Margarine noch eine Kostbarkeit ist“ und wo die Männer des Nachts wachen müssen, ahnt, wie sehr der Aufbau an allen Kräften zehrt.

Die körperliche Arbeitskraft weiß sich in Israel in einem ungewöhnlichen Maße mit dem Geiste zu verbinden. Jede Unternehmung zur Erschließung des Landes demonstriert Organisationstalent, situationsgebundenen Einfallsreichtum und die Ergebnisse stetiger Forschung. Welcher umfassende bildungspolitische Aufwand die Voraussetzung dafür schafft, muß den Fremden mit Bewunderung erfüllen. In den israelischen Schulen werden

---

*Niemand kann heute sagen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Aber es steht wohl heute schon fest, daß die ‚Tatsache Israel‘ im Laufe der Zeit einen entscheidenden Einfluß auf das Verhältnis von Juden und Nichtjuden überhaupt und damit auch in den Ländern der Gola (Zerstreuung) haben wird. Die Voraussetzung einer Normalisierung der christlich-jüdischen Beziehungen ist eine beiderseitige und fortdauernde Bemühung um gegenseitiges Verständnis, fußend auf dem Wissen und dem Respekt vor der Eigenart des Anderen. Dann wird der Xenos nicht mehr gefürchtet werden, sondern er wird geachtet werden.*

*Ein Mitarbeiter des Leo-Baeck-Instutats an den Verfasser*

---

Kinder aus nahezu 80 Ländern unterrichtet. Ihre Eltern haben in den verschiedensten Kulturkreisen gewohnt. Hochentwickelte Intelligenz trifft hier mit primitivem Analphabetentum zusammen. Den Eltern fällt die Anpassung schwerer als den Kindern; häufig sind es Halbwüchsige, die Vater oder Mutter als Helfer zum Postamt oder Steueramt begleiten. Während viele orientalische Eltern in den Abendkursen der Volksuniversitäten mit Mühe die Kunst des Lesens und Schreibens erlernen und nach und nach in die Aufgaben praktischer Lebensfüh-

rung, des Haushalts und der Hygiene eingeführt werden, fällt den Kindern die Eingewöhnung in die geistige Welt der Schule naturgemäß leicht. Iwriß, die neuhebräische offizielle Sprache, wird rasch für alle das verbindende Medium. Allerdings scheut der Staat auch keine Mühe, um den vielfältigen Integrationsschwierigkeiten, die häusliches Milieu und familiäres Schicksal hervorrufen, zu begegnen. Psychologen mit Auslandsstudium und die sogenannten Schulschwestern sind den Lehrern als Helfer zugeordnet, und die Pädagogik sucht sich aller Hilfswissenschaften zu versichern, um im Unterrichtslernen den modernsten Stand zu gewinnen. — Von den Erfolgen im Bildungs- und Ausbildungswesen für Jugend und Erwachsene wird es abhängen, ob die Gesamtbevölkerung zu den Tatsachen des forcierten landwirtschaftlichen und industriellen Aufbaus eine Einstellung praktischer Tüchtigkeit und innerer Zustimmung behält oder gewinnt. Das kann für die Selbstbehauptung des kleinen Landes gegenüber seinen Nachbarn und für die Überzeugungskraft vor aller Welt entscheidend werden. Die Israeli wissen das. Sie bauen keine neue Stadt mehr und kein neues Viertel, ohne nicht gleichzeitig Schulen in der entsprechenden Größenordnung zu errichten.

Nichtsdestoweniger bleibt noch viel zu tun, um alle Begabungsreserven in einer Bevölkerung zu wecken und auszuschöpfen, deren soziologische Struktur durch die permanente Einwanderung in besonderem Maße offenbleibt. Um so erstaunlicher sind die Bemühungen der Israeli, ihre Anstrengungen auf diesem Sektor nicht nur

---

*Unter allen Verbindungen mit den Völkern . . . hat trotz allem keine eine so tiefe Fruchtbarkeit gehabt wie die deutsch-jüdische. Das Zusammenleben von Deutschtum und Judentum hat in unseren Tagen seine Krise erfahren. Von ihr aus ist in Deutschland die gegenwärtige Aufgabe jüdischer Volkerziehung zu fassen. Es gilt heute nicht Ablösung vom Deutschtum, zu dem wir ein inneres Verhältnis haben, das durch kein Verhalten der Deutschen zu uns abgeändert werden kann — diese Feststellung hat aber nichts zu tun mit den heute hie und da in der deutschen Judenheit laut werdenden Liebeserklärungen und Treueschwüren ins Leere — sondern Verdichtung des Judentums, Neuknüpfung der Urverbundenheit in der Hoffnung auf den Bund. Es gilt aus der Not eine große Tugend zu machen . . . Das von der Stunde verlangte Miteinander kann sich nur einstellen, wenn wir einander wahrhaft als Brüder gegenüberreten, wenn wir, wo wir miteinander zu schaffen haben, uns wahrhaft verbinden. Nicht aus dem guten Willen und nicht aus irgendeiner Ideologie entsteht Verbundenheit; dadurch allein, daß der Mensch dem Menschen hilft, ihn unterweist und sich von ihm unterweisen läßt, daß man Gemeinschaft stiftet von Mensch zu Mensch, wo immer sie sich stiften läßt, durch die Unmittelbarkeit des Miteinanderlebens allein ist neue jüdische Gemeinschaft zu begründen.*

*Martin Buber, aus der Rede zur Wiedereröffnung des Frankfurter Jüdischen Lehrhauses, 19. November 1933*

der eigenen Nation zugute kommen zu lassen. In den Schulen, insbesondere in Fachanstalten, an den technischen Hochschulen und in vielen mehrmonatigen Seminaren werden auch Gäste aus zahlreichen Entwicklungsländern ausgebildet, während israelische Instruktoren bereits in einigen afro-asiatischen Ländern bei der landwirtschaftlichen und industriellen Erschließung helfen. Das hat natürlich auch politische Gründe. Die große Chance Israels, die Anerkennung dieser Völker zu gewinnen, liegt in den Erfahrungen seines Aufbaus, aus denen leistungsintensive, übertragbare Modelle bezogen werden können.

### **Philosemitismus gegenüber Israel ist nicht Überwindung des Antisemitismus**

Auch für andere Lebensbereiche gilt, daß die Situation des jungen Staates in einer ungewöhnlichen Dichtigkeit schöpferische Kräfte entbunden hat. Dieser Sachverhalt muß die Einstellung des deutschen Betrachters naturgemäß beeinflussen. Dabei kann die bereits angedeutete Gefahr, daß Beobachtungen und Gespräche zu falschen Schlußfolgerungen verleiten, nicht ernst genug genommen werden. — Es ist zunächst ganz natürlich, daß sich viele Israeli stolz und selbstbewußt über ihre Leistungen äußern. In einer Handwerkerfamilie, die ein Jahrzehnt im Kibbuz gearbeitet hat, liest der Hausherr seinen Gästen mit einiger Belustigung aus einem Reisehandbuch für Palästina aus dem Jahre 1880 vor, in dem der Verfasser die Eignung der Juden zu landwirtschaftlicher Arbeit bezweifelt. Ein ehemals österreichischer Diplomingenieur aus Haifa geht bei einer zufälligen Unterhaltung im Café dazu über, in dürren Worten die Strapazen des jahrelangen Lebens in Zelten zu schildern, da man als Pionier Straßen und Eisenbahnen baute. Und die Bürger von Jerusalem tauschen mitunter, wenn sie ausländische Gäste haben, ihre Erinnerungen aus der Zeit der Belagerung von 1948 aus, die sie diszipliniert und tapfer bestanden.

Manche Israeli verbinden jedoch mit einem derart ausgewiesenen und gefestigten Selbstbewußtsein den Anspruch, den allein gültigen und überzeugenden Maßstab jüdischer Lebensgestaltung gefunden zu haben: in der politischen Formation der israelischen Nation, in der sozialen Lebensform des Kibbuzes oder der neugegründeten Stadt in der Wüste. Diese Neigung zur Verabsolutierung läßt sie harte Worte gegen die Rückwanderer nach Deutschland finden, denen sie vorwerfen, sich von den leichteren Verdienstmöglichkeiten locken zu lassen. Sie haben beispielsweise verzerrte Vorstellungen von der Zahl und Wirkung der Juden, die in Deutschland an der kommerziellen Nutznießung im Vergnügungssektor beteiligt sind. Sie verurteilen sie mit aller Schärfe, zumal sie meinen, besorgt sein zu müssen, daß auch wenige Beispiele schon ausreichen, verschleppte Ressentiments bei vielen Deutschen zu nähren. Das harte Urteil gegen Glaubensgenossen steht im Grunde noch im Bann der diffamierenden Argumentation der Verfolgung, und mancher deutsche Zuhörer ist in der Tat versucht, solche Wertungen mit den alten Behauptungen nationalsozialistischen Ungeistes zu assoziieren.

Der Zweifel, daß sich in Deutschland eine gründliche historisch-politische und menschliche Läuterung in brei-

ten Kreisen vollzogen habe, veranlaßt andere Israeli, Rückwanderer und Rückkehrwillige zu warnen. Historische Konzeptionen der zionistischen Bewegung und Erfahrungen des Dritten Reiches verbinden sich zu der Überzeugung, allein Israel könne endgültige Heimstätte sein. — Daran knüpft sich gelegentlich die Auffassung, daß auch in allen Fragen der geistigen und politischen Auseinandersetzung und möglichen Zusammenarbeit der junge Staat der alleinige Partner für Deutschland sein solle, weil er eine leistungsstarke, selbstbewußte und nicht auf Duldung angewiesene Nation beherberge. Wie könnten deutsche Juden dies Verhältnis zu ihren Mitbürgern entwickeln, so fragt man, obwohl sie Zerstreute in der Diaspora seien, trotz aller individuellen Fähigkeiten und Leistungen bedrängt von der belastenden Erinnerung an die Unterdrückung und Verfolgung und mitgeprägt von der durch die Nationalsozialisten ihnen aufgezwungenen Rolle einer „minderwertigen“ Gruppe? Es gibt Israeli, die pointiert erklären, im Grunde gehörten alle deutschen Juden nach Israel, und es gibt Deutsche, die bereitwillig darauf eingehen, erscheint ihnen doch nichts bequemer, als gegen die Konzession einer Wertschätzung des Staates Israel und seiner Leistungen die eigene Ablösung von der beschwerlichen Aufgabe der Auseinandersetzung mit der Judenfrage einzutauschen. Allzu leicht verführen derartige israelische Kommentare dazu, aus den überwältigenden Reiseeindrücken ein Stereotyp vom Juden schlechthin abzuleiten. Daß man sich dadurch den Zugang zu den vielfältigen Ausprägungen jüdischer Auffassung und Haltung in aller Welt verschließt, liegt auf der Hand. Die Absicht, Israel-Erfahrungen der Überwindung des Antisemitismus in Deutschland dienstbar zu machen, schlägt in das Gegenteil um und leistet durch ein solches Klischee einem erneuten partiellen, d. h. auf bestimmte jüdische Gruppen beschränkten Antisemitismus Vorschub.

### Israelische Selbstkritik korrigiert eigene und fremde Fehleinschätzungen

Die Mehrzahl der Israeli sieht diese Gefahr und wünscht, ihr bereits im eigenen Lande zu begegnen. So verstanden wir die spontane Frage unserer ersten Gastgeber in Tel Aviv, mit welchen Vorstellungen vom israelischen Juden wir in das Land gekommen seien, und sie bestätigten erleichtert und nachdrücklich unsere Erwartung, selbstverständlich auch in Israel mancherlei Mängel individueller und gesellschaftlicher Natur vorzufinden. In diesem Sinne entließ uns auch am Schluß unseres Aufenthalts ein alter Mitarbeiter des Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem — er hat das Schicksal unzähliger ostjüdischer Einwanderer in der Weimarer Republik durch praktische Hilfe zu mildern versucht und später wissenschaftlich dargestellt — mit der Mahnung, über den neuen Staat Israel abgewogen und frei von allen idealtypischen Schablonen zu berichten.

Um diese Aufgabe sachlich zu unterstützen, legen so viele Israeli Wert darauf, ihre Selbstdarstellung sehr kritisch vorzunehmen. Sie wehren sich gegen die Annahme, ein perfektes ordnungspolitisches System konzipiert zu haben, dessen Mängel der Durchführung lediglich auf die ungewöhnlichen Voraussetzungen des Neubeginns und Aufbaus zurückzuführen seien. Sie wünschen, daß ihr Staat

unter den Nationen nach und nach als ein Normalfall genommen wird — und sehen darin ja auch ihre stärkste Hoffnung auf allgemeine internationale Anerkennung. Die freimütige Selbstkritik der Israeli kennt heutzutage kaum ein Tabu. Dazu einige Beispiele. Sogar die konstitutiven Elemente im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich werden einer offenherzigen Prüfung unterzogen. So mehren sich die Stimmen, die das teilweise theokratische Gefüge des öffentlichen und privaten Lebens, das mit der traditionellen Konzeption des heiligen Volkes im priesterlichen Reich zusammenhängt, in Frage stellen. Man sieht wohl, daß der religiöse Grundansatz eine starke Integrationswirkung hat, aber man möchte seine institutionellen Ausformungen, die talmudischen Reservate im Ehe- und Güterrecht, in den Speisegesetzen, in der synagogalen Einstellung zur Frau, und die orthodoxen Einflüsse auf politische Willenszentren, wie den sonstigen Herrschaftsanspruch des Oberrabbinats abgebaut oder gemildert sehen. Die Sorge, daß hier eine „ecclesia triumphans“ ihre Machtpositionen für die Dauer einrichten könnte, anstatt anderen religiösen Richtungen innerhalb des Judentums den nötigen öffentlichen Eigenstatus zuzugestehen, äußert sich mitunter in der zugespitzten Behauptung, man sei gegen nichtjüdische Religionen in Israel toleranter als gegen die eigenen Glaubensgenossen. Andererseits sind die Reformsynagogen in den großen Städten und die vielen Erscheinungen einer zunehmend freizügigen öffentlichen und privaten Lebensgestaltung deutliche Anzeichen der in Bewegung geratenen Diskussion, eines Vorgangs, an dem auch das Weltjudentum lebhaften Anteil nimmt.

Dieser Konflikt, der einerseits auf die historisch angelegte Kontroverse um die ideologische Fundierung eines jüdischen Staates zurückgeht, andererseits von den dynamischen Kräften einer mobilen Gesellschaft wachgehalten wird, überschneidet sich mit anderen Konflikten, die auf den unterschiedlichen politischen Konzeptionen und Methoden ihrer Durchsetzung beruhen. Die Israeli machen keinen Hehl daraus, daß die starke Zersplitterung der Parteien manchmal die Arbeitsfähigkeit der Knesseth, des Parlaments, behindert. Viele beklagen, daß die größte Partei, die Mapai, nicht frei von machthungriger Protektionswirtschaft sei, und andere verurteilen mit Schärfe die Agitation der kleinen Cherut-Partei, die mit ihrer illusionären Großpalästina-Idee den ohnehin geringfügigen Verständigungshoffnungen gegenüber den arabischen Nachbarn weiteren Abbruch tut.

Ideologische Kontroversen werden auch im Schul- und Bildungswesen ausgetragen. Sie beziehen sich auf alle Einrichtungen, vom Kindergarten über die Jugenddörfer und die Schulen in Städten und Kibbuzim bis zu den Lehrerseminaren und Universitäten. Gegenwärtig sind die Abiturreform und die Differenzierung der letzten Klassen der Volks- und Einheitsschule Fragen, die nicht nur unter pädagogischen Gesichtspunkten problematisiert werden.

In diesem Staate, der in anderhalb Jahrzehnten aus einem nahezu patriarchalischen Zustande zu modernen industriellen Verhältnissen gefunden hat, sind viele Fragen der Daseinsgestaltung noch offen. Seitdem der Lebenswille der Nation nicht mehr auf unmittelbare wirtschaftliche Selbstbehauptung gerichtet ist, scheinen

sich die Auffassungen über das Verhältnis von Leistungen und Bedürfnissen gewandelt zu haben; die Ansprüche der Lebenshaltung sind bei vielen gewachsen. Die verschiedenartigen Kibbuzim, die nicht bloß Produktions- und Erwerbsorganisation, sondern auch Lebensform sein wollen, haben nicht mehr die allgemeine attraktive Geltung wie früher; und so wird auch stärker in Frage gestellt, inwieweit ihre Schulen auf die ihnen eigenen Formen des Gemeinschaftslebens vorbereiten sollen. Die „Er-tüchtigung zum Pioniertum“, wie ein Erziehungsgrundsatz der Staatschulen lautet, verknüpft sich in der Erwartungshaltung der heranwachsenden Generation auf den Schulen und Universitäten nicht mehr ohne weiteres mit der Bereitschaft zu einfachem Konsum und jeglichem Verzicht auf Komfort.

Die Jugend ist hier nur das Spiegelbild des sozialen Differenzierungsprozesses der Erwachsenen. Wie sehr dieser von verschiedenen Gruppen zur Zeit gewünscht und vorangetrieben wird, haben im vergangenen Jahr die sozialpolitisch relativ geduldigen Gymnasiallehrer durch einen mehrmonatigen Streik um ihrer Gehaltsforderungen willen demonstriert. Daß er ein Symptom unter vielen war, erfuhr die machtvolle Gewerkschaft Histadruth, die sich im Tarifwesen gewöhnlich mit der Regierung abzustimmen pflegt, an den Belastungsproben, die ihr die letzten allgemeinen Verhandlungen zu Beginn dieses Jahres brachten.

#### Israel hofft auf Anerkennung

Die Aufzählung der Konfliktphänomene braucht hier nicht fortgesetzt zu werden. Sie hätte sonst auf die Araberfrage und andere komplizierte Minderheitenprobleme einzugehen, auf die starken sozialen Spannungen zwischen europäischen und orientalischen Juden und die darin enthaltenen Hindernisse einer Umschichtung der staatstragenden Elite, und vieles andere mehr. Für unsere Überlegungen ist hier wichtig, daß solche Probleme die Selbstverständigung der Israeli ebenso sehr bewegen wie ihre Erfolge. Das war in den ersten Jahren nach der Gründung keineswegs so. Als der Staat seine vollen

Energien auf die militärische Verteidigung und die Erfüllung der ökonomischen Existenzbedürfnisse verwenden mußte, war sein Umgang mit einzelnen und Gruppen viel doktrinäer und reglementierender. Allzu freimütige Diskussionen seiner konstitutiven ideologischen Grundlagen und politischen Richtungsentscheidungen unter den religiösen und politischen Minderheiten schienen die Stabilität in Frage zu stellen, die es zu erringen galt.

Inzwischen hat Israel auf den Weg zu einer pluralistischen Gesellschaft gefunden. Man hat gelernt, Konflikte nicht als krankhafte Ausnahmeerscheinungen aufzufassen, sondern als normale Äußerungen einer dynamischen Gesellschaft. Die stärkere Übung der Toleranz praktiziert nunmehr innenpolitisch das Prinzip der Einwanderung, wonach der soziale Zusammenhalt wesentlich auf freier Übereinkunft beruht. Zugleich wehrt sich diese Einstellung dagegen, daß die Juden auf dem Boden Israels mit den Eigenschaften eines erneut auserwählten Volkes ausgestattet werden. Ein derartiger Philosemitismus, ein „sozusagen freundlich aufgenährter Davidstern“ (E. Bloch) hält auch ein Stück verborgenen Antisemitismus bereit. Immer mehr Israeli hoffen, daß die Normalisierung ihrer Verhältnisse im Selbstverständnis und fremden Urteil Anerkennung findet, sie wünschen sich ein pathosloses Zusammenleben im Innern und mit allen Völkern. Deshalb hat auch die Devise von der „Erlösung des Bodens“ jeden Makel eines ideologischen Schlagworts verloren, das Fehler und Schwächen des bisherigen Weges verschleiern und zu doktrinären Maßnahmen berechtigen soll. Der biblische Grund bleibt nichtsdestoweniger die letzte bindende Kraft, aber in einer geheimnisvollen Weise und nicht als handhabbare Größe, die sich zu politischen Lehrmeinungen und Praktiken profanisieren und trivialisieren ließe. — Der Staat soll nach dem Willen seiner Bürger dem einzelnen dienen. Wie könnte er sonst beanspruchen, für alle dazusein, die Heimat suchen, für die Starken wie für die Schwachen, für die kräftigen Arbeiter ebenso wie für die Alten und Kranken. Das junge Volk der Israeli will an den biblischen Stätten der Geschichte der Juden die Aufgabe realisieren, wie achtsam der Staat mit den Geschöpfen Gottes umzugehen hat.

Die Welt geht unter, und man wird es nicht wissen. Alles was gestern war, wird man vergessen haben; was heute ist, nicht sehen; was morgen kommt, nicht fürchten. Man wird vergessen haben, daß man den Krieg verloren, vergessen haben, daß man ihn begonnen, vergessen, daß man ihn geführt hat. Darum wird er nicht aufhören.

KARL KRAUS, Die letzten Tage der Menschheit, 1945

In der Zeitschrift „Deutsches Pfarrerblatt“ vom 15. Mai 1963 schreibt der Herausgeber, Pfarrer Rainer Schmidt, unter der Überschrift: „Diktatur des allgemeinen Usus“:

„Da trafen zwei Erlebnisse ähnlicher Art an einem Tag seltsam zusammen.

Das eine: In einer Zeitschrift für „zeitnahe Predigt, Volksmission, Apologetik, Unterricht“ liest man eine Andacht zum Schulbeginn in der Volksschule. In diesem Entwurf, zu dessen Theologie und Sprache — wenn man sich um „Zeitnähe“ und schon ganz und gar, wenn man sich um Evangeliumsnähe bemüht — mancherlei zu sagen wäre, begegnet man dem Satz: „Ein Junge und ein Mädchen, die etwas auf sich halten, tanzen nicht aus der Reihe.“

Das andere: Es wird ein Pfarrer, der, weil er gedankenlos gehandhabtes Brauchtum weder mag noch verantworten will, nach gründlicher Überlegung die Anrede „Herr Amtsbruder“ nicht benutzte, herzlich und dringlich gewarnt (sic!), und dies nicht mit dem ja sicher möglichen Hinweis (den er sich gern hätte gefallen lassen) auf ein sinnvolles Verständnis dieses Terminus, sondern „im Hinblick auf den allgemeinen Usus.“ Sind wir soweit, daß wir uns von dem, was allgemeiner Usus (sicher weniger ist, als da und dort so) genannt wird, das Gesetz des Handelns diktieren lassen? Der zuletzt angeführte Fall steht ja nicht allein auf weiter Flur, er bringt vielmehr — wenn wir recht sehen — beispielhaft ein weitverbreitetes Denken zu Tage. Oder soll man sagen: eine weit verbreitete Gedankenlosigkeit?

Was entspricht dem Evangelium eher: die selbstverständliche Unterwerfung unter einen sogenannten allgemeinen

Usus oder eine, wenn schon nicht in jedem Fall populäre, Eigenständigkeit, aus verantwortlichem Denken erwachsen und auf lebendige Sinnerfüllung von Formen hinielend? Sollte das Evangelium wirklich nicht mehr sein als der Hüter von — möglicherweise leeren — Sitten, nichts anders als Legitimation von — möglicherweise verhärteten — Vorstellungen? Oder sollte es, das Evangelium, vielleicht — auch — dazu helfen, daß Menschen rechte, nämlich wahrhafte Formen des Lebens und des Umgangs miteinander finden, helfen — auch — dazu, daß Menschen — und sei es jenseits aller Gewohnheiten! — verantwortlich denken, verantwortlich reden und verantwortlich handeln?

Wenn aber der Anruf Gottes auch — und sicher nicht zuletzt — Ruf zur Verantwortung ist, was soll dann die Aufforderung, nicht „aus der Reihe zu tanzen“? Haben wir einer den anderen, haben wir unsere Gemeinden und haben wir gerade junge Menschen ausgerechnet in diese Richtung zu weisen? Nichts gegen ein gutes Gemeinschaftsbewußtsein! Nichts für gewollte Eigenbrötelei! Aber alles für eine bewußte, vor Gott und den Menschen verantwortliche, selbständige Entscheidung des einzelnen in allen Dingen! Und alles gegen die Angst vor solcher persönlicher Entscheidung! Wie die Dinge, auch und gerade bei den jungen Menschen, liegen: sollten wir ihnen nicht gerade Mut machen — um Gottes Willen! — „aus der Reihe zu tanzen“? um Gottes Willen nicht mitzumachen, was alle machen?

Wer die Herrschaft Gottes bezeugen will, muß der Diktatur des allgemeinen Usus absagen.“

## Bücher

**Friso Melzer, Indien greift nach uns. West-östliche Begegnungen mit dem modernen Hinduismus, Stuttgart 1962, Quell-Verlag, Paperback, br. DM 7,80.**

Im 19. Jahrhundert konnte der bekannte englische Dichter Rudyard Kipling schreiben: „Oh, East is East, and West is West, and never the twain shall meet“. Diese Zeiten gehören endgültig der Vergangenheit an, aus der Vielzahl der Länder und Kontinente ist die „eine Welt“ geworden. Menschen des Westens lernen den Osten kennen und umgekehrt. Damit hat sich auch die Situation des Christentums grundlegend geändert. Heute vollzieht sich die Auseinandersetzung zwischen dem christlichen Glauben und den Hochreligionen nicht mehr nur literarisch oder auf den Missionsfeldern, sondern Christen und Angehörige dieser Religionen haben überall in der Welt miteinander zu tun.

Im Bereich der Theologie hält die Diskussion um die damit zusammenhängenden Fragen an. Der indische katholische Theologe Raymund Pannikar hält z. B. den Hinduismus nicht für eine mit dem christlichen Glauben rivalisierende Religion, sondern für eine auf Christus angelegte Denkweise. Und Karl Rahner S. J. hat unlängst in seinen „Schriften zur Theologie“ (Bd. 5) die Auffassung geäußert, auch in den nichtchristlichen Religionen könnten Momente der Gnade angenommen werden.

Auf solche Fragen geht Melzer nur am Rande ein. Er legt ein Buch ohne wissenschaftliche Ambitionen vor, das sich an einen breiten Leserkreis wendet. Leider trägt seine Arbeit einen unglücklichen reißerischen Titel, der eine Propagandaschrift vermuten ließe, wäre nicht ein erläuternder Untertitel

beigegeben. Der Verfasser, Philologe und Theologe, hat selbst mehrere Jahre in Indien als Missionar gelebt und kennt daher die Probleme einer Begegnung mit dem Hinduismus sehr genau aus eigener Anschauung.

Um dem Leser den Sinn einer solchen Begegnung deutlich zu machen, setzt sich Melzer zunächst eingehend mit den Indienbüchern früherer Jahre (Richard Garbe, Hermann Hesse u. a.) auseinander und nennt z. B. Waldemar Bonsels „Indienfahrt“ ein Beispiel dafür, „wie eine Begegnung mit dem Hinduismus nicht vollzogen werden“ dürfe (S. 25). Gegenüber solchen Mißgriffen versteht Melzer Begegnung als „etwas Paradoxes“, das gekennzeichnet durch Liebe und Wahrheit von Abschätzigkeit ebenso wie von unkritischer Bewunderung frei ist. Mit dieser Klärung hat der Verfasser die Ausgangsposition gewonnen, um im weiteren Verlauf seiner Schrift einen Überblick über einige wesentliche Züge hinduistischer Frömmigkeit zu geben.

Im Hinduismus wird Religion als „Marga“, d. h. als „Suche-Weg“, bezeichnet, der verschiedene Ausprägungen erfährt. Melzer greift drei solcher Wege heraus: den Gnana-Marga (Weg der Erkenntnis), den Bhakti-Marga und den Karma-Marga (Weg des religiösen Handelns, insbesondere der Buße). Marga ist nach einem Wort des bekannten Hindus Vivekananda Realisation, Verwirklichung. Das Ziel solcher Verwirklichung ist „unsere Einsicht mit Gott“ (Radhakrishnan), es gilt den „Gott in uns“, das „Göttliche im Menschen“ zu verwirklichen. Vivekananda kann sagen: „Indem wir Gott anbeten, haben wir immer unser eigenes Self angebetet.“

### Berliner Wahlen

Bitte erlauben Sie mir, Ihnen zu dem Bericht über die Berliner Wahlen im Märzheft von Peter Lorenz, dessen Ausführungen ich grundsätzlich zustimme, ein paar Zeilen zu schreiben, weil m. E. ein sehr wichtiger Punkt übersehen worden ist: daß nämlich die Abberufung von Ernst Lemmer als Minister für Gesamtdeutsche Fragen und dessen Ersatz durch Rainer Barzel sehr wesentlich zu dem für die Berliner CDU so ungünstigen Wahlausgang beigetragen hat.

Den parteipolitisch nicht näher engagierten Berlinern fällt auf, daß sie dem Bundeskanzler anscheinend nicht allzu viel wert sind. Weshalb Dr. Adenauer nach dem 13. August 1961 nicht sofort nach Berlin eilte, interessiert sie erst in zweiter Linie — für sie fällt ins Gewicht, daß der Kanzler erst sehr spät nach dem für uns so schmerzlichen Abriegeln der Zone und Ost-Berlins vom freien Teil der alten Reichshauptstadt zu ihnen kam. Und rund ein Jahr später müssen sie erleben, daß sie nicht mehr durch einen Politiker aus ihren Reihen im Kabinett Dr. Adenauers vertreten sind. War es doch ein wirklich guter Brauch, das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, so wenig Wirkungsmöglichkeiten diesem auch verbleiben, mit einem Repräsentanten derjenigen Parteigliederung — der Exil-CDU — zu besetzen, der vor allem vor den Deutschen in der Zone glaubhaft für sich in Anspruch nehmen kann, für diejenigen Deutschen zu sprechen, denen das Recht einer freien Wahl noch immer vorenthalten wird. Wenn die Berliner CDU bis zu den Wahlen im Jahre 1959 immer mehr Wähler anzog und in dem einst überwiegend „roten“ bzw. „braunen“ Berlin rund 38 Prozent aller Stimmen gewinnen konnte, so auch deswegen, weil die Berliner sicher sein konnten, durch Jakob Kaiser bzw. Ernst Lemmer mit politischem Gewicht im Bundeskabinett vertreten zu sein.

Die befremdlich unschöne Art und Weise, in der ein um die CDU so verdienter Mann wie Ernst Lemmer vom Kanzler „gegangen wurde“, wirkte auf manchen Berliner Wähler, der 1959 seine Stimme der CDU gegeben hatte, und auf die heimlichen Anhänger der CDU in der Zone wie ein ernüchternder Wasserstrahl, zumal der Mann, den die SPD bei den Berliner Wahlen wieder groß herausstellte, von dieser Partei sogar für das Amt des Bundeskanzlers nominiert worden war und immer noch ist. Das führte ganz unterschwellig viele Wähler zur Überzeugung, daß die Berliner und die gesamt-

---

Einen solchen Satz kann ein Christ nicht nachvollziehen. Damit hat Melzer den entscheidenden Unterschied zwischen christlichem Glauben und Hinduismus aufgedeckt. Zugleich zeigt er jedoch an einigen Beispielen, was die Christen von den Hindus lernen können: dabei weist er vor allem auf die „Innerung“ (Meditation) und die *vita communis* der Ashrams, einer Art von Bruderschaften, hin. Leider kommt in diesem Buch das Kastenwesen etwas zu kurz, das ja auch noch heute von großer Bedeutung für das religiöse wie politische Leben Indiens ist, wie man es denn überhaupt gerne gesehen hätte, wenn das Verhältnis von Religion und Gesellschaft in Indien schärfer in den Blick genommen wäre.

Trotzdem: Friso Melzer hat ein wichtiges, im besten Sinne aufklärendes Buch geschrieben, dem zahlreiche Leser zu wünschen sind, vor allem unter der ständig wachsenden Zahl derer, die sich unkritisch-emotionell den Religionen des Ostens zuwenden.

Bernhard Unckel

deutschen Interessen bei einem Senat unter der Führung von Willy Brandt besser aufgehoben seien als bei der CDU und bei Franz Amrehn, weil dieser und der Berliner CDU-Landesverband in Bonn offensichtlich nicht genug Gewicht hatten, um die Abberufung von Ernst Lemmer zu verhindern oder wenigstens die Neubesetzung dieses Ministeriums mit einem Mann aus der Berliner oder der Exil-CDU durchzusetzen. Bei der Berufung von Rainer Barzel ging es den Kanzler — so sieht es wenigstens der der CDU an sich freundliche Teil der Bevölkerung der Zone und Berlins — darum, einmal einen dem Kanzler nicht immer ganz bequemen Minister mit oft eigenen Gedanken loszuwerden, und andermal einem jungen und sehr aktiv erscheinenden Manne eine Chance zu geben. Daß Rainer Barzel, dessen Qualitäten hier gar nicht angezweifelt werden sollen, der aber eben doch auch als ein ausgesprochen katholischer Politiker erscheint, diese Chance ausgerechnet an der Spitze des Gesamtdeutschen Ministeriums bekam, ist nicht nur in meinen Augen eine der schlechtesten Entscheidungen, die der Kanzler je traf. Leider sind zu Lebzeiten des alten Herrn aus Rhöndorf wohl keine freien Wahlen in der Zone mehr zu erwarten. Darum wird Dr. Adenauer die für die CDU verheerenden Wirkungen der Ausbootung von Ernst Lemmer und der Berufung von Rainer Barzel an die Spitze des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen nicht mehr erleben. Der SPD aber hätte der Bundesvorsitzende der CDU keinen besseren Dienst erweisen können, weil diese Partei nun allein für sich in Anspruch nehmen wird, „gesamtdeutsche Politik“ in einer vor allem für die Berliner und für die Menschen in der Zone glaubhaften Weise zu betreiben und allein in der Lage zu sein, der Bundesrepublik dafür geeignete Politiker zur Verfügung stellen zu können.

Dr. Wolfgang Seibert, Marburg

### Notwendige Kritik

Ich bin seit über 10 Jahren Mitglied der CDU und etwa ebensolange Leser Ihres Blattes. Für manche wertvolle Anregung bin ich besonders dankbar. Gestatten Sie mir heute ein Wort der Kritik.

Mit dem Artikel „Bundeswehr und Öffentlichkeit“ kann ich mich durchaus nicht einverstanden erklären. Bei dem Thema „Stalingrad“ handelt es sich vorwiegend um militärische Fragen. Wer ist berufen, sich dazu sachverständig zu äußern, wenn nicht ein hoher Offizier, der zudem den letzten Krieg mitgemacht hat? Die Kritik, die Herr General Foertsch an dem betreffenden Stück geübt hat, ist von der Sache her wichtig. Ich finde es sehr bedauerlich, daß man ihm den Mund verbieten will aus Furcht vor Empfindlichkeiten gewisser Kreise.

Was der Oberst in Zürich geäußert hat, ist leider nur allzu richtig. Wir haben nun einmal in unserer gesamten Publizistik einen deutlich erkennbaren Linksdrall, für den bestimmte Typen von Intellektuellen verantwortlich sind. Diese Tatsache, die man als schlichter Zeitungsleser täglich feststellen kann, wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man sie als „unhaltbare Behauptung“ bezeichnet. Ist Ihnen nicht bekannt, was Herr Duffhues zu diesem Thema gesagt hat? Leider fehlt in unserem politischen Leben eine klar ausgerichtete konservative Partei und dementsprechend eine konservative Presse, wie sie es in England selbstverständlich gibt. Das schafft unerfreuliche Gleichgewichtsstörungen. Dafür war das hysterische Geschrei der gesamten Publizistik in der „Spiegel-Affäre“ ein drastisches Beispiel.

Amtsgerichtsdirektor Schorn, Osnabrück